

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 12 Dezember 2001 36. Jahrgang

Démocrate  Suisse
Pages 13-15

Weihnacht – Feier in guten und schwierigen Zeiten



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischenthal

Mit Blick auf die schrecklichen Ereignisse des Jahres 2001 könnte man versucht sein, auf eine frohe Weihnacht zu verzichten. Allerdings waren die Umstände zur Zeit der Geburt Jesu auch alles andere als angenehm. Dem gefährlichen Umfeld zum Trotz fand die Geburt statt und hat Auswirkungen bis heute und bis in alle Zukunft.

Palästina zur Zeit der Geburt Jesu

Das ganze Gebiet des Nahen Ostens war damals Teil des römischen Weltreichs. Der Kaiser hatte zwar Herodes zum König von Judäa ernannt, doch die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Recht wurde durch den römischen Statthalter Valerius Gratus und nach dessen Abgang durch Pontius Pilatus gewährleistet. Die Statthalter verfügten über genügend Militär, um diesen Auftrag zu erfüllen. Dass die Ordnungskräfte dabei mit Angeklagten unzweifelhaft umzugehen pflegten, wird durch die Schilderung der Geißelung Jesu und seiner Krönung mit einer Dornenkrone belegt.

In jenen Tagen vor Christi Geburt erging zudem der Befehl des Kaisers Augustus an alle Behörden des

Reichs, eine Volkszählung sei durchzuführen. Zur Registrierung musste jedermann in seine Heimatstadt reisen. Das war für viele mit beschwerlichen Reisen verbunden. So zogen Josef und seine schwangere Verlobte Maria aus Nazareth hinauf nach Bethlehem in die Stadt Davids.

Nach dem Besuch der Weisen aus dem Morgenland beim neugeborenen Jesus im Stall verliess die junge Familie auf Weisung eines Engels fluchtartig Bethlehem und zog eilends Richtung Ägypten. Die Morde des eifersüchtigen Königs Herodes an den männlichen Babies unter zwei Jahren in der Gegend von Bethlehem geben erneut Zeugnis von der Brutalität der damaligen Herrscher.

Palästina war also schon zur Zeit der Geburt Jesu und danach alles andere als eine ruhige römische Provinz, wo man beschaulich leben könnte. Die Freude über die Geburt des Gottessohnes Jesus Christus lässt heute alles Negative vergessen, überstrahlt alle beschwerlichen Umstände.

Palästina und die Welt kurz vor dem Advent 2001

Christenverfolgung in moslemischen Staaten Afrikas und Asiens, Terroranschläge in Amerika, Spanien, Nordirland, Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten, Amokmorde an US-Schulen und in einem Schweizer Parlamentsgebäude sind einige der Gewaltthemen der weltweit operierenden Medien. Ein Klima der Angst breitet sich aus.

Der Grossraum Palästina ist mittlerweile zum Pulverfass geworden. Der mit dem Abkommen von Camp David begonnene Friedensprozess ist nicht nur ins Stocken geraten – er wurde von einer Spirale der Gewalt von Seiten der Palästinenser und der Israeli abgelöst: Selbstmordattentäter auf der einen Seite, gezielte Mordanschläge auf vermutete palästinensische Terroristen auf der anderen Seite, Steinerwerfer und Scharfschützen hier, Scharfschützen und Schützenpanzer dort. Schuldige und Unschuldige sterben; und Schuldzuweisungen

SD: Immer bessere Wahlaussichten

Bei den Könizer Wahlen haben sich die SD von 3% auf 4,3% gesteigert und einen zweiten Sitz hinzugewonnen. Bei den Badener Einwohnerratswahlen haben sich die SD von 2,0% auf 3,8% gesteigert und in Wettingen ist es gelungen, mit einer Kleinliste mit einem Sitz in den Einwohnerrat einzuziehen. Die Einwohnerratswahl in Obbersiggenthal/AG erbrachte einen Sitz mit 3% Stimmen (nur ein Kandidat auf der 40-köpfigen Liste!). Das alles sind sehr positive Signale, die mich für die Zürcher Gemeindewahlen und die Berner Grossratswahlen zuversichtlich stimmen.

Wenn alle kämpfen, bringen wir im Kanton Bern wieder eine Grossratsfraktion zusammen und den Nationalratssitz holen wir auch wieder. Und in Winterthur ziehen wir mit Glanz und Gloria ins Stadtparlament ein.

In der Stadt Zürich bleiben wir drin. Vielleicht holen wir sogar in einer Zürcher Landgemeinde den einen oder andern Sitz.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wende zu unseren Gunsten kommt.

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident

gen erfolgen stets von beiden Seiten.

Israelische Panzer rollten unlängst in Bethlehem ein, dem Ort, wo Jesus, der Mann des Friedens, geboren wurde.

Weihnachten 2001: Gelegenheit zur Besinnung

Wenn in der Welt der Ruf islamischer Religionsführer nach dem «Heiligen Krieg» gegen die Ungläubigen, die Heiden, Juden und Christen, erschallt und Israel das mosaische Gesetz des «Auge um Auge, Zahn um Zahn» anwendet, wenn der christliche Präsident des mächtigsten Staates dieser Erde nach Wildwestmanier afghanische Terroristen ohne Anklageerhebung «tot oder lebendig» haben will und er seinen Geheimdiensten die ausdrückliche Erlaubnis zum Töten erteilt, dann wird eine Lawine der nackten Gewalt losgetreten, welche unter Umständen in einem weltweiten, zerstörerischen Terrorkrieg enden könnte. Die Besinnung der Massen auf die Friedensbotschaft Jesu in den Evangelien wäre nötig, sollte die-

ser gefährlichen Entwicklung Einhalt geboten werden. Eigentlich würde sich die Adventszeit hervorragend für einen solchen geistlichen Einsatz eignen, mit einem Höhepunkt an Weihnachten.

Fortsetzung Seite 2

Schöne Festtage und ein gutes neues Jahr!

Im Namen der SD-Parteileitung wünschen wir allen ruhige und besinnliche Festtage. Wir danken für Ihr Interesse an unserer Partei und freuen uns, auch weiterhin auf Ihre Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat zählen zu dürfen.

Inhalt

- 2 Zur Expansion des Islams
- 3 EURO: Weg in die Krise
- 4 SD im Nationalrat
- 5 Sinnvoller Einsatz von Pfeffer-Schutzspray
- 6 Wird die UNO Welt-Machtzentrale?
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Grüess Gott wou!
- 12 Der Leser hat das Wort

Weihnacht

Fortsetzung von Seite 1

Entscheidend wäre allerdings, dass sich der einzelne Mensch ernsthaft prüfen würde, ob er selber ein Träger des Friedens ist oder eben nicht: Selbstprüfung also, Eingeständnis eigener Schuld mit Entschuldigung bei durch ihn verletzten Mitmenschen, gefolgt von Änderung des eigenen Verhaltens und

dem Entwickeln der Fähigkeit, «Feinden» zu vergeben.

Auch wenn mächtige Wolken am politischen Himmel das friedliche Licht der Sterne verdunkeln mögen, können Menschen in der Botschaft Jesu, wie sie im Neuen Testament der Bibel aufgeschrieben steht, immer wieder neu Hoffnung finden; Hoffnung auf eigenen Herzensfrieden und Frieden in der Welt.



Im Sinne von Transparenz veröffentlichten wir auch nachstehende Zuschrift:

Sind Räbeliechtl vom Teufel?

Als ich den Oktober-«Schweizer Demokrat» durchlass, musste ich bei dem Halloween-Artikel von Hans Steffen tatsächlich noch einmal zum Deckblatt zurück blättern, um mich zu versichern, dass ich nicht die Parteizeitung der EDU, CVP oder EVP in den Fingern habe. Einen derart schlecht recherchierten, oberflächlichen Bericht, der zudem allem Anschein nach aus der Feder eines völlig fanatischen Christen stammt, hätte ich im «Schweizer Demokrat» nicht anzutreffen geglaubt. Diese geballte Ladung von unhaltbaren und intoleranten Anschuldigungen gegen die Ur-Religion unseres Volkes im Einzelnen zu zerplücken, bedüfte es mehrerer Seiten. Mir wäre dies jedoch ein Leichtes. Hat sich Herr Steffen doch scheinbar keinen einzigen tieferen Gedanken zum Thema gemacht.

Wohl der einzige Punkt, bei dem ich zustimmen darf, ist der, dass wir es in der Schweiz absolut nicht nötig haben, einen poppig aufgemachten Ami-Brauch mit kitschigen Kürbissen aus Plastik und all dem sonstigen Pappzeug einzuführen. Dies einerseits wegen der daraus entstehenden Umweltbelastung, andererseits, und dies scheint mir noch überaus wichtiger, wir feiern Samhain, das Ahnengedenkfest der Kelten. (Die Helvetier waren ein keltischer Stammesverband!) noch wesentlich unverfälschter und bodenständiger als die Amis. Herr Steffen hat sich wohl noch nie gefragt, wo der Räbeliechtl-Umzug herkommt! Solen die Schweizer Demokraten ei-

ne Initiative zur Abschaffung des Räbeliechtl-Umzuges einreichen, oder was? Dann müssten wir unweigerlich auch die bunten Eier und die Hasen, diese heidischen Fruchtbarkeitssymbole, aus dem Osterfest streichen. Sogar den Namen Ostern. Denn der kommt von der alemannischen Frühlingsgöttin Ostara. Der Lichtenbaum zur Wintersonnenwende, Weihnachten, hat auch recht wenig Rückhalt in der Bibel. Am härtesten dürfte es uns Patrioten aber sicher treffen, wenn wir aus irrem christlichem Fundamentalismus unseren eigenen Nationalfeiertag, den 1. August, streichen müssten. Der fällt nämlich genau auf das Fest des Helvetiergottes Lug. Man feierte dieses Fest in alten Tagen, indem man grosse Holzstösse abbrannte. Zufall oder nicht, ein guter Christ darf wohl nicht mehr mit reinem Gewissen an einer Bundesfeier teilnehmen.

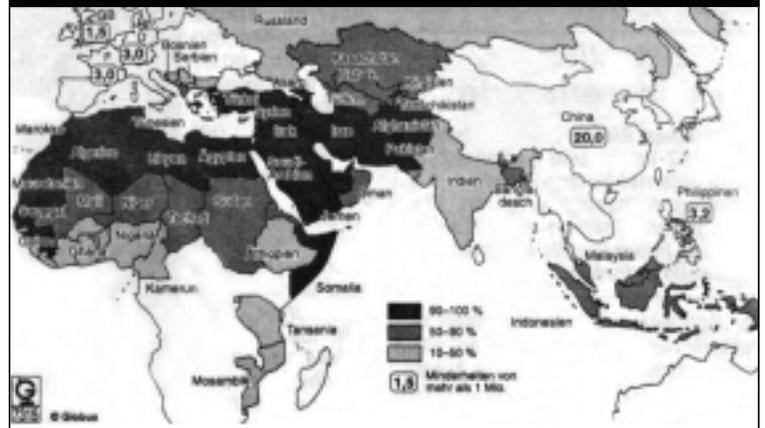
Wenn Herr Steffen vor Hexen und Okkultismus warnt, diese des Mordes, des Menschenopfers beschuldigt, muss er zu äusserst wagen Sätzen greifen wie «In einzelnen Fällen sei es sogar zu Menschenopfern gekommen.» Dies grenzt schon beinahe an Verleumdung! Im Gegensatz dazu die bewiesenen mindestens 10 Millionen Hexen, die zur Ehre des fremden, aus dem Morgenland eingeschleppten Christengottes bei lebendigem Leibe auf dem Scheiterhaufen einer, Humanität und Nächstenliebe heuchelnden Kirche verbrannt wurden. Und sie tun es weiter. Erst im vorigen Jahr wurde in unserer Schweiz, in Genf, ein Mädchen von Verwandten mit Fausthieben und Fussritten zu Tode gequält. Es soll vom Teufel besessen gewesen sein, war die Aussage der christlich verblendeten Mutter.

Wenn Herr Steffen sich über heidnisches Altertum aufregt, sollte er sich aber hüten, den Tonfall eines Ignatius von Loyola zu wählen und sich selber so als Anhänger tiefsten Mittelalters darzustellen.

Jakob Balmer, Niederhasli

Vierorts gibt es nur noch eine (Monopol-) Tageszeitung. Darum ist die Redaktion verpflichtet, alle Parteien frei und gleichwertig reden zu lassen. Pro und Kontra brauchen «gleich lange Spiesse»!

Die Welt des Islam



Mit über einer Milliarde Anhänger ist der Islam die grösste Glaubensgemeinschaft nach dem Christentum. Der Islam breitete sich im 7. und 8. Jahrhundert durch Eroberungen und den ersten Kalifen im Vorderen Orient und Nordafrika aus, später auch in Zentralasien. Die weitere Ausbreitung Richtung Südostasien und Afrika geschah überwiegend durch kulturelle Kontakte. Heute leben durch den Zustrom von Gastarbeitern und Migranten auch in Westeuropa grosse muslimische Minderheiten.

Zur Expansion des Islams

Selbsternannte Verteidiger der Menschenrechte und andere politisch korrekte «Wohltäter» im Dienste der geplanten Weltrepublik, welche unter dem Vorwand, Europa habe kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen, zur Ermordung von weissen Farmern in Südafrika und Simbabwe – dank denen die dortige schwarze Bevölkerung noch nicht vom Hunger geplagt ist – schweigen, scheuen sich hingegen wegen deren Innenpolitik zu brandmarken. So schreien diese Herrschaften Zeter und Mordio, wenn in einem islamischen Staat Drogenhändler öffentlich hingerichtet werden, Dieben eine Hand amputiert wird oder Frauen wegen Ehebruchs ausgepeitscht oder wegen Missachtung von Kleidungsvorschriften sonstwie bestraft werden.

Dass Länder aus einem uns Europäern fremden Kulturkreis auch andere Wert- und Moralvorstellungen haben und demzufolge ein für alle Völker der Erde gültiger Rechts- und Sittenkodex ein Unding ist, scheint diesen Leuten nicht bewusst zu sein. Dieselben Einweltler, die sich über muslimische Spielregeln und Gebräuche in islamischen Ländern heuchlerisch empören, scheint es eigenartigerweise nicht zu stören, wenn der Glaube Mohammeds sich in unseren Gefilden immer stärker ausbreitet.

Kinderreiche Moslems

Der Islam wird uns erobern. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis z.B. auf den beiden Türmen des

Zürcher Grossmünsters Halbmonde in den Himmel ragen und im daran angebauten Chorherrenstift statt Theologiestudenten Koranschüler sich über die Bücher beugen werden. Schwarzmalerei? Keineswegs, wenn man bedenkt, dass protestantische Geistliche der schrankenlosen Einwanderung aus uns fremden Kulturkreisen, der Schwulen- und Lesbenehe und der Abtreibung das Wort reden, während Muslime für Kinderreichtum einstehen.

«Auf Grund der hohen Geburtenrate steigt die Zahl der Muslime jährlich um weitere dreissig Millionen, und ihre Gesamtzahl verdoppelt sich wiederum alle dreissig Jahre. Gegenwärtig gibt es weltweit über 1,2 Milliarden Moslems. Der Prophet Mohammed hat seinen Anhängern geboten, die Welt mit dem Schwert in der Hand zu erobern. Jetzt erklären die Moslem-Führer «Wir benötigen heute das Schwert nicht mehr, wir haben Kinder!»

(Manfred Jacobs: «So erobert der Islam Europa», S. 84 – Verlag Anton A. Schmid, Postfach 22, D-87467 Durach, ISBN 3-929170-62-0, 240 Seiten, DM 22, 80)

Ein Blick auf die Schulklassen in den industriellen Ballungszentren und in gewissen Quartieren unserer Grossstädte lässt darüber keine Zweifel mehr hegen.

Max P. Morf, Genf

Zu diesem Thema sei ebenfalls empfohlen Dr. iur. Beat Christoph Bäschlin: «Der Islam wird uns fressen», Selvapiana-Verlag, CH-6652 Tegna, 1990, Fr. 17.–

Euro: Weg in die Krise?



*Hans-Peter
Riesen,
Grossrat,
Bern*

Beschlossen hatte man die Einführung des Euros endgültig 1992 in einem Vertrag, der in Maastricht ratifiziert wurde. Hier tauchten aber schon die ersten Missverständnisse auf: Nach Beginn der Einführungsphase seit Januar 1999 war in der breiten Bevölkerung der Eindruck entstanden, dass die Einheitswährung begründet sei. Jedoch wurden bisher nur die Wechselkurse «unwiderruflich festgelegt». Der Euro wurde dabei als Nachfolger des ECU im Sinne einer rein fiktiven Rechnungseinheit definiert. Eigentlich wurde nur der gescheiterte «ECU» in den «Euro» umbenannt. Im Unterschied zum ECU wurde allerdings die Währungssouveränität an die Europäische Zentralbank (EZB) abgegeben. Das heisst, dass z.B. die Deutsche Bundesbank nun nicht mehr befugt ist, eine eigene Geldpolitik zu verfolgen.

Richtig eingeführt ist der Euro erst, wenn die nationalen Währungen beseitigt und überall Euro-Bargeld als alleiniges Zahlungsmittel ausgegeben wurde. Es scheint so, dass die Bevölkerung mittels dieser Begriffsverwirrung davon überzeugt werden soll, dass der «Euro» auf ewig nicht mehr aufzuhalten sei.

Kritik erlaubt

Dass eine Kritik am Euro sogar nicht erlaubt ist, zeigt das Beispiel des hohen EU-Beamten Bernhard Conolly, der seit 1990 bei der EU-Kommission als Referatsleiter direkt an der Vorbereitung der Währungsunion beteiligt war. Conolly versuchte die Bevölkerung zu warnen und äusserste deshalb seine Überzeugung, dass die Einheitswährung die politische Zwietracht in Europa vergrössern und zu schweren ökonomischen Schäden führen werde. Als er dann auch noch ein Buch veröffentlichte, in dem er die europäische Währungsunion als verrotetes, verfaultes Projekt beschrieb, wurde er durch ein Disziplinarverfahren der EU-Kommission wenig später entlassen! Dabei wollte er nur auf Missstände aufmerksam machen, um Schaden von Europa fernzuhalten, weil er sich seinem Gewissen verpflichtet fühlte.

Der Euro ist seit Anfang 1999 durch Festsetzung der Wechselkurse als Rechnungseinheit eingeführt worden. Erst ab dem Jahr 2002

wird Bargeld als Euro ausgegeben. Die Festsetzung der Wechselkurse über drei Jahre bietet einen Angriffspunkt für Spekulanten, die in einem wirtschaftsschwachen Land Schulden aufnehmen und den Betrag sofort in harte Währung tauschen. Dadurch entstehen Spannungen, die letztlich dazu zwingen, den Wechselkurs wieder anzupassen. Die Spekulanten können dann die entwerteten Schulden wieder zurückzahlen. Solches Vorgehen war am 15. September 1992 zu beobachten, als der Multispekulant George Soros das Europäische Währungssystem durch nichts anderes als wiederum Spekulation sprengte. Aber man hat daraus wohl nichts gelernt. So rechnet der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Berater des englischen Wirtschaftsministers Dr. Walter Eltis damit, dass die Euro-Gemeinschaft bereits nach kurzer Zeit wieder zerfallen werde. Auch George Soros hat bereits angekündigt, den Euro vernichten zu wollen!

Weit überschätzt wird im Allgemeinen auch die Abhängigkeit Deutschlands vom EU-Markt. Nur jeder achte Arbeitsplatz hängt von der Ausfuhr in den europäischen Binnenmarkt ab, im Durchschnitt der anderen Mitgliedsländer hingegen jeder sechste. Vergessen wird bei der Euro-Diskussion jedoch, dass die Abgabe der Währungssouveränität an die Europäische Zentralbank (EZB) vor allem für Deutschland einen grossen Verlust bedeutet, weil der ansehnliche Bundesbankgewinn wegfällt.

Drohende Monopolisierung

Genauso wenig fundiert war das Argument, dass der Euro nötig sei, um den Handel innerhalb Europas zu erleichtern. Ein Blick auf die realen Zahlen beweist, dass die Begründung kaum stichhaltig ist. Täglich werden zwei Billionen US-Dollar international ausgetauscht, wovon nur ein bis zwei Prozent für Handel und Dienstleistungen verwendet werden! Schon hier wird deutlich, dass es bei der Einführung des Euros kaum eine Verbesserung der Handelsbedingungen geben kann. Was erleichtert wird, ist die Kapitalversicherung, die nur Grossbanken und grossen Konzernen nützlich sein kann. Genau diese Institutionen waren es auch, welche die Einführung des Euro massgeblich vorantrieben, und das sicher nicht aus Uneigennützigkeit. Die Gefahr liegt darin, dass die Tendenz zur Monopolisierung noch grösser wird und wenige Banken am Ende die gesamte Wirtschaft kontrollieren können. Dabei spielt der europäische Raum weltweit eine Hauptrolle!

Auch das organisierte Verbrechen ist sicher gegenüber einer solchen Einheitswährung nicht abgeneigt,



Tausch mit schwerwiegenden Folgen: Führt der Euro in eine tiefe Krise?

da dann die in Italien erpressten Gelder problemlos beispielsweise in Deutschland wieder «gewaschen», also in die Wirtschaft investiert werden können.

Trotz dieser sehr deutlichen Gefahr hielten und halten die Politiker weiterhin an dem längst ökonomisch widerlegten Projekt «Euro» fest: Wer eine solche Politik betreibt und die Augen vor der Finanzmalaise verschliesst, wird sich später gezwungen sehen, weiteren Forderungen im Rahmen der Währungsunion nachgeben zu müssen, um noch Schlimmeres zu verhüten.

Wichtig ist, sich darüber klar zu werden, was eine Währung überhaupt ist und warum verschiedenartige Länder unterschiedliches Geld haben und dies auch nötig ist. Weiterhin sollte geklärt werden, warum eine Einheitswährung für verschiedenartige Staaten nie wirklich funktionieren kann und in welche Katastrophe der Euro führen muss.

Bei allen heutigen Euro-Diskussionen wird immer die Tatsache übersehen, dass die Länder in Europa völlig unterschiedliche Gegebenheiten aufweisen – wie beispielsweise die Strukturierung der Wirtschaft (mehr landwirtschaftlich oder mehr industriell), Klima (kalt, gemässigt oder heiss) oder auch die Einstellung zur Arbeit (z.B. mehr oder weniger zu Streiks neigend). Ein eigener Währungsraum hat nun die Aufgabe, jedes dieser unterschiedlichen Gebiete wirtschaftlich zu stabilisieren. Der Ausgleichsfaktor oder Währungspuffer ist der freie Wechselkurs. Er vermittelt eine Aussage darüber, wieviele Geldeinheiten des einen Staates aufgebracht werden müssen, um die Geldeinheit eines Währungsraumes zu erhalten.

Fatale Auswirkungen

Man unterscheidet hier zwischen dem flexiblen und festen Wechselkurs. Wird der Währungspuffer oder sogar das eigenständige Zahlungsmittel eines Staates beseitigt,

so hat diese Aktion fatale Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Landes. «Freie Wechselkurse haben bisher nicht eine einzige Währungsunion ausgelöst. Im Gegenteil: Sie sind ein Ventil, um unterschiedliche Wirtschaftsentwicklungen in den Ländern auszugleichen. Wird dieses Ventil durch feste Wechselkurse geschlossen, staut sich Reformbedarf auf und entlädt sich wie in Thailand oder Brasilien schliesslich in einem Crash.»

Mit festen Wechselkursen schafft man ein Krisensystem, das einem gesperrten Thermostat gleicht, der die Temperatur in einem Raum nicht mehr regulieren kann und eine konstante Heizleistung beibehält, unabhängig davon, wie sich die Umgebung verändert. Ähnlich verhält es sich bei der Währung mit festem Wechselkurs: Solange sich zwei betroffene Länder im gleichen Masse weiterentwickeln, ist keine Wechselkursanpassung nötig – auch der flexible Wechselkurs würde hier konstant bleiben. Wird das Gleichgewicht jedoch dahingehend gestört, dass ein Land plötzlich einen stärkeren Kapitalzustrom aufweist, so kommt es zu einer Reihe von Ungleichgewichten. Das zuerst sichtbare Problem des festgesetzten Tauschkurses ist das steigende Missverhältnis zwischen Import und Export. Wenn z.B. ein Entwicklungsland immer mehr hinter der Wirtschaftsleistung eines Industrielandes hinterherhinkt und eine Anpassung über den Wechselkurs ausbleibt, gibt es für das Ausland immer weniger Grund, die teuren Waren des schwachen Landes zu kaufen. Die Exporte werden also im Vergleich zu den Importen zurückgehen – es entsteht ein so genanntes Handelsbilanzdefizit. Die Folge davon ist, dass sich die Volkswirtschaft des Entwicklungslandes im Ausland verschulden muss, um die fehlende Differenz zwischen Importen und Exporten finanzieren zu können. Schon allein durch die immer höheren Zinslasten an das Ausland kommt es zu steigenden Spannungen.



Aufweichung der Lex Friedrich

Der Nationalrat hat mit 126 zu 1 Stimme (SD) den Wiederverkauf von Immobilien zwischen Personen im Ausland gutgeheissen. Einzig Bernhard Hess protestierte wie folgt: «Ich möchte den Rat klar und deutlich darauf hinweisen, dass in einer denkwürdigen Referendumsabstimmung im Jahre 1995 die Lockerung der Lex Friedrich oder Lex Koller vom Volk mit 53 Prozent abgelehnt wurde. Was wir hier machen, ist einmal mehr eine sattsam bekannte Salamtaktik, indem in einer ersten

Phase Wiederverkäufe an Ausländer traktandiert werden und über die Bühne gehen, aber ganz klar mit dem Ziel, die «Lex Metzler», wie sie dereinst vielleicht heissen wird, gänzlich abzuschaffen. Ich werde hier ganz klar Nein stimmen und rufe vor allem auch die Grünen, vor allem die welschen Grünen und die SVP, die damals auch dagegen waren, diesem Ansinnen klar nicht stattzugeben.»

Leider stimmten auch sämtliche SVP-Vertreter und auch alle Grünen für den Ausverkauf der Heimat.

Als Reaktion auf die geplanten Verschärfungen und Ergänzungen des (ARG) Anti-Rassismus-Gesetzes (der «Schweizer Demokrat» berichtet in der nächsten Ausgabe darüber ausführlich) folgende Motion eingereicht:

«Die Internationale» / Verbot

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, damit das Spielen und Absingen der «Internationalen» in der Schweiz verboten werden kann.

Begründung

Bis 1943 war die «Internationale» die offizielle Hymne der (stalinistischen) Sowjetunion. Demzufolge wurden insbesondere während der Stalin-Ära in der Sowjetunion unter den Klängen dieses vaterlandlosen Liedes die wohl zahlenmässig grössten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verübt. Die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland haben deshalb sofort nach Befreiung aus dem sowjetischen Joch (1991) die

«Internationale» verboten. Auch in der Ukraine, wo die Bolschewiken in den 20er- und 30er-Jahren unter der einheimischen Landbevölkerung besonders grausam wüteten (mindestens sieben Millionen Opfer), ist das Singen und Abspielen der Welthymne des Proletariats verpönt.

Es ist unerträglich, dass das Spielen und Absingen dieser blutbeleckerten Hymne in der Schweiz auch zehn Jahre nach dem Untergang der Sowjetdiktatur immer noch möglich ist. Mit dem vorgeschlagenen Verbot setzt der Bundesrat auch ein Zeichen, sich gegen jede menschenverachtende Ideologie zur Wehr zu setzen.

Bernhard Hess (SD)

BUCHBESPRECHUNG

Die Schweiz sehen

Eine späte Buchbesprechung

Das 1984 erschienene, prächtig ausgestattete Buch (alles Farbbilder) konnte ich 17 Jahre nach Drucklegung in ungelesenen, neuwertigen Zustand in der Brockenstube für weniger als einen Franken erwerben. Die Landschaftsbilder schoss ein Laufentaler (Jahrgang 1934). Sie sind prächtig, aussagekräftig. Den Gipfel des Eggishorns mit

Kreuz umstehen zahlreiche Gipfelstürmer, während weitere kurz vor dem Ziel durch das felsige Trümmerfeld hinaufkraxeln. Mir kommen beim Anblick eigene, 60 Jahre zurückliegende Erinnerungen.

Der Text ist völlig anders und atmet 68er-Ideologie. Der Textautor, Basler, 1940 geboren, ist Doktor der Philosophie und Literat, dazu

Langnau Olympiadorf?

SD/he. Olympia im Emmental? SD-Nationalrat und Heimwehementaler Bernhard Hess möchte, dass das olympische Eishockeyturnier der Frauen im Jahr 2010 in Langnau im Emmental stattfindet. Eishockey sei in Langnau äusserst beliebt – populärer als in Montreux, erklärt der in Langnau aufgewachsene Bernhard Hess, selber Mitglied des Olympiabewerungskomitees «Bern 2010».

Bereits eine offizielle Kandidatur für die Olympischen Spiele bringt einer Region grosse Publizität. Wenn die Möglichkeit besteht, dass die Welt in neun Jahren für einige Wochen nach Bern blicken wird, sollte versucht werden, dies für die Region Oberes Emmental wirtschaftlich und touristisch zu nutzen. Es soll geprüft werden, ob nicht auch Langnau als Austragungsort für eine Sportart in Frage käme.

vor. Auf Geheiss des Verbandes Swiss Olympics ist man nun daran, das Dossier zu überarbeiten; die Austragungsorte seien zu weit auseinander und müssten näher zum Zentrum Bern geholt werden. Hier sieht Bernhard Hess die Chance: Eishockey ist in Langnau äusserst beliebt – populärer als in Montreux, und die Emmentaler sind ein fachkundiges und begeisterungsfähiges Publikum. Der touristische Werbeeffekt wäre riesig. Daneben gibt es auch Impulse für die Wirtschaft. Einerseits würde die Gastronomie von den Besucherinnen und Besuchern profitieren. Andererseits müsste die in die Jahre gekommene Ilfishalle, welche den Anforderungen einer Olympiade nicht genügt, saniert werden. Eine um- oder neu gebaute Eishalle in Langnau kommt zudem auch den SCL Tigers zugute, schwärmt der Heimweh-Langnauer und SCL-Fan Bernhard Hess.

Eishockeybegeisterung im Emmental

Konkret geht es ums olympische Eishockeyturnier der Frauen. Das Dossier «Bern 2010» sieht im Moment hauptsächlich Montreux als Austragungsort für dieses Turnier



BERN 2010



Mitglied des Stiftungsrates von PRO HELVETIA. Seine Vorbilder sind unter anderem Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt, Adolf Muschg. Und er zieht über die Schweiz her. «Wir wollen kein Landi-Land mehr sein. Wir wollen die Schweiz als Teil der Welt und nicht als ihr Gegenteil.» Das Bild General Guisan lande nun «mit Turnerkränzen beim Gerümpel». Guisan werde nicht mehr gebraucht; er sei durch die Technik ersetzt worden. Das Reduit sei eine Erfindung des Generals gewesen, um bei einem Angriff der Deutschen das Überleben der Schweiz zu sichern, genauer gesagt, nur das der Armee. «Die EX-PO 64: der Betonigel, den das Militärdepartement zur Zurschaustellung seiner Waffen errichten liess». Dabei seien die Wälder dem Tod geweiht, die Ebenen würden zu Steppen, das Wasser wird versiegen. Von den Städten werde nur noch bleiben «der durch sie hindurchzieht: der Wind». Einzig Jungfrau, Finsteraarhorn und Mat-

terhorn seien «zu hoch für die Dummheit der Menschen». – An wen richtet sich denn dieses Buch? Der Militärdienst wird ins Lächerliche gezogen. «Jeder Teilnehmer erhält garantiert ein Schweizer Offiziersmesser.» Und da singen sie von der Gilberte de Courgenay und erzählen Aktivdienstgeschichten. Es folgen dann Vorschläge zur Behebung des Malaise: Vereinigung mit Österreich zur «Alpenbratwurst». Hauptstadt Vaduz. Schade für die schönen Bilder, vom Guggershörnl bis Nättschen, vom Rheinfall bis zur Magadino-Ebene. Sind das Wirrköpfe! Es sind jene, die heute noch die Armee abschaffen und nur noch Jungfrau, Finsteraarhorn und Matterhorn stehen lassen wollen, als Denkmal ihrer eigenen Dummheit ohne Grenzen. Ja, es gibt sie noch!

Robert Berner, Rheinfelden, 1918

Die Schweiz sehen, Mondo Verlag 1984.

Grausames Schächten

(mitg.) Orthodoxe, ultrakonservative, um Jahrhunderte zurückgebliebene «religiöse Kreise» wollen die Schweiz erneut erpressen und in ein Urdenken der Tierdespektierung und -quälerei zurückführen, nämlich zum grauenhaften Schächten von Hühnern, Schafen, Ziegen und Kühen! Kein Gott, kein Jahwe oder Allah zwingt sie hierzu oder überhaupt zum Verzehr von Fleisch. Unser willfähriger Bundesrat würde diesem Ansinnen gar zustimmen! Obwohl das Volk

schon zweimal in denkwürdigen Abstimmungen ganz klar dagegen war.

Schieben wir diesen grausamen Sch(l)achtmethoden für immer einen Riegel, verbieten wir in einer Gegeninitiative gleich vollends jedes Schächten der armen Tiere. Wem das nicht passt, soll wegziehen. Die Schweiz ist kein Tummelplatz altmodischer, orthodoxer Religionsfanatiker.

Alle Tierfreunde sind zum Kampf aufgerufen; übrigens gegen jene

gleichen Kreise, die uns vor wenigen Jahren grundlos mit Milliarden Franken erpressten, erniedrigten und verspotteten. Norman Finkelsteins Buch «Die Holocaust-Industrie» ist hierzu Pflichtlektüre (zu beziehen u.a. im VgT-Verlag).

Als ich vor wenigen Jahren bei der Abstimmung über das sog. «Antirassismus-Gesetz» zu bedenken gab, damit hätten orthodoxe Kreise um «Macabi», heute «Tacheless», die Aufhebung des Schächtverbotes im Visier, wurde ich belächelt und mit Vorwürfen überhäuft. Nun bewahrheitet sich meine Befürchtung schneller als prophezeit.

Helfen Sie Herrn Kessler und dem VgT, die schon genug Unrecht im heroischen Kampf für die Tiere erleiden mussten. Wir wollen eine moderne, Tiere und Natur schützende Gesellschaft, welche mit diesen Schöpfungen in Frieden und Harmonie lebt.

Wussten Sie, dass...

Präsident Bush noch im Mai 2001 48 Millionen US-Dollar an die Taliban überweisen liess – «...als Anerkennung für ihre guten Dienste gegen Drogen...»

Sinnvoller Einsatz von Pfeffer zum eigenen Schutz

Leider zeichnet sich unser Alltag immer mehr durch zunehmende Gewaltbereitschaft aus. Niemand ist sicher vor Sachbeschädigungen und vor Angriffen auf Leib und Leben, die je länger je mehr an der Tagesordnung sind. Zielscheibe der Übergriffe sind nicht selten auch wehrlos scheinende Dritte. Bestimmte Personengruppen (Frauen, ältere Menschen, Behinderte, etc.) sind zudem ganz gezielten Angriffen ausgesetzt. Oft finden diese an eher abgelegenen und wenig frequentierten Orten statt, wo man nicht gleich mit Hilfe oder Unterstützung rechnen kann: auf dem nächtlichen Heimweg, im Parkhaus; auf einem Rastplatz, im Wald, an Bushaltestellen, zu Hause, etc. Auch am hellichten Tag werden immer mehr Übergriffe registriert.

Anzeige

Selbstsicher auftreten

Grund genug, für den schlimmsten Fall konsequent einen effizienten und schlagkräftigen «Leibwächter» mit sich zu tragen. Vielleicht braucht er ja gar nicht zur Anwendung zu kommen. Psychologen weisen nämlich darauf hin, dass Menschen, die sich einigermaßen sicher fühlen, auch entsprechend auftreten. Wer sich hingegen schon von vornherein als wehrloser Pechvogel fühlt, wirkt auf potenzielle Angreifer ohnmächtig und ist deshalb rasch als das geeignete Opfer identifiziert. Kommt es tatsächlich zu einem Übergriff, kann ein kleiner Pfefferspray schützen und das Schlimmste vermeiden. Er schützt bei Gefahr sofort und nachhaltig, indem er den Angreifer, sei es ein Mensch oder ein Tier, ausser Ge-

fecht setzt und so auf Distanz hält. Zum einen gewinnt die angegriffene Person Zeit, um sich in Sicherheit zu bringen oder um Hilfe zu holen. Damit lässt sich schon einmal Schlimmeres verhindern. Zum anderen wird die psychische Verarbeitung eines plötzlichen Übergriffs entscheidend erleichtert, da das Opfer dem Täter eine wirksame Verteidigung entgegensetzen konnte, sich selbst also zu schützen vermochte und dem Übergriff nicht einfach wehrlos ausgeliefert war. Damit der sinnvolle «Leibwächter» tatsächlich nützt, müssen jedoch mindestens zwei Bedingungen erfüllt sein: Er muss so handlich sein, dass er in einer leicht zugänglichen Aussentasche der Handtasche oder am Gürtel Platz findet, wo er im Hinblick auf die nahende Gefahr schon im Voraus

in die Hand genommen oder bei einem plötzlichen Übergriff ohne langes Nesteln hervorgeholt werden kann. Zudem muss der Pfeffernebel eine genügend grosse Reichweite haben und beim Betätigen des Sprays sofort genügend breit gestreut sein, damit die Wirkung nicht von genauem Zielen abhängt – was in heiklen Situationen ohnehin kaum gelingen dürfte.

Zum Selbstschutz zugelassen

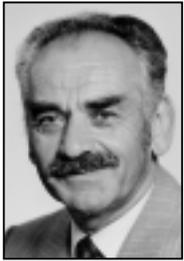
Noch bis vor einem Jahr musste zum Erwerb des Pfeffersprays in vielen Kantonen ein Waffenschein gelöst werden, was mit Kosten und Umtrieben verbunden war. Dies hat sich inzwischen geändert. In aller Regel werden Pfeffersprays an volljährige Personen zum Selbstschutz frei verkauft, und zwar in Apotheken und Drogerien, wo fachkundiges Personal beratend zur Seite steht. Besonders rasch und effizient wirkt der für weniger als zwanzig Franken erhältliche FCKW-freie Pfefferspray «Protect-Plus» (Giftklasse 3). Trotz seiner hohen Abschreckungskraft sind keine Spätschäden bei den damit abgewehrten Angreifern bekannt, und zwar weil er kein Tränengas (CS-Gas), sondern den biologisch abbaubaren Pfefferwirkstoff Oleoresin Capsicum enthält. Die Vorsichtsmassnahmen auf der Verpackung sind selbstverständlich zu beachten.

Bundesrat gegen Pfeffer-Schutzspritze für Armeeangehörige

Die Landesregierung lehnt es ab, künftig Armeeangehörige zum Selbstschutz im Ausgang mit einem Pfeffer-Schutzspritze auszurüsten.

Als Reaktion auf verschiedene Angriffe seitens gewalttätiger Ausländer hat namens der SD Nationalrat Bernhard Hess die Prüfung einer angemessenen Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausgang gefordert.

Wird die UNO Welt-Machtzentrale?



Fritz Stalder,
a. Nationalrat,
Thun

Für die kommende Volksabstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz ist entscheidend zu erkennen, dass die UNO nicht mehr jenes Instrument ist, als das sie nach dem Zweiten Weltkrieg als «friedensstiftende und friedenserhaltende Weltorganisation» gegründet wurde.

Neu ist, dass sie Konflikte nicht mehr in erster Linie am Verhandlungstisch einer Lösung zuführen will, sondern sich für sogenannte «robuste» Einsätze rüstet. Sie wird damit zur **Kriegsmacht**, die Konflikte mit Krieg beendet oder sich entsprechende Aufgaben von der NATO und der globalen Geld-Elite zuteilen lässt (Brahimi-Report). Die Menschenrechte werden durch die UNO umgedeutet und ersetzt durch Gruppen-Sonderrechte wie z.B. Frauenrechte, Kinderrechte, Rechte der sexuellen Orientierung etc. Damit wird das Fundament für jeden völkerrechtlichen Vertrag zerstört, die Menschen von der Rechtsgrundlage her der Willkür preisgegeben. **Dies ist der klassische Nährboden für Kriege.**

Mit Gentechnologie die Entwicklungsländer an die Globalisierung anbinden. Unter dem Vorwand der Armutsbekämpfung die Nahrungproduktion in die Hand des Grosskapitals legen, ohne die Risiken von negativen Folgen für Gesundheit und Lebensqualität abzuklären. Dies alles im Namen der **Nachhaltigkeit**.

Die **Agenda 21** wurde von den meisten Staaten nach dem UNO-Gipfel in Rio 1992 als ein Übereinkommen zum Schutz der Umwelt unterzeichnet. In Wirklichkeit ist sie ein kommunistisch ausgerichteter Aktionsplan mit der Absicht, die demokratischen Volksrechte abzuschaffen und **über sämtliche Lebensbereiche ein System von umfassender, totaler Kontrolle einzuführen.**

Die zukünftige UNO als kriegführende Partei!

Die bereits bestehenden Machtstrukturen der UNO sollen entscheidend ausgeweitet werden. Die bestehenden Vollzugsgremien sind:

- **Die Generalversammlung**
- **Der Sicherheitsrat mit 5 ständigen Mitgliedern mit Vetorecht und 10 Mitgliedern, gewählt für 2 Jahre. Die Beschlüsse sind gültig mit Zustimmung von 10 Mitgliedern, inklusive alle 5 Mitglieder mit Vetorecht. (Gesicherte**

Vorherrschaft der Mitgliedstaaten mit Vetorecht)

- **Der Wirtschafts- und Sozialrat**
- **Der Internationale Gerichtshof in Den Haag**
- **Das Generalsekretariat in New York mit dem Generalsekretär: Kofi Annan**

Die UNO als Instrument der Supermächte

Die UNO machte in den 70er- und 80er-Jahren mehrmals Strategiewandlungen durch. Heute baut sie mit Unterstützung von NGOs (Nicht gewählte - Nicht-Regierungs-Organisationen) mit **Agenda 21 das längstgeplante «Global Governance» = «Eine-Welt-Regierung!»** auf. Dies ist die Zielrichtung der gegenwärtigen UNO-Reform, welche das Leben der Menschen total beeinflussen wird. Ein rein marxistisches Konzept darzustellen imstande ist. Die Analysen, Schlussfolgerungen und Umsetzungsstrategien enthalten ganz klar das marxistische und leninistische Prinzip der Weltrevolution, inklusive Trozki's Ansatz der Durchsetzung mit militärischen Mitteln. Die UNO soll nach dem Brahimi-Bericht in Zukunft ausdrücklich keine vermittelnde Institution mehr sein. Stattdessen soll sie sich auf die Seite einer der streitenden Parteien stellen, Krieg gegen die andere Partei führen und damit den «Frieden des Stärkeren, des Auserwählten» herstellen (UNO-Generalversammlung, August 2000).

Die UNO stellt sich damit in einen fundamentalen Gegensatz zum Konzept der Neutralität! Sie kann deshalb Konflikte nicht mehr nachhaltig lösen.

Die Schweiz muss als neutral bleibendes Land die Aufgabe erfüllen, Friedenskonferenzen anzubieten. Darum UNO-Beitritt Nein!

Lokale Agenda 21

Die «Lokale Agenda 21» muss als Einführungsstufe von **Agenda 21** verstanden werden!

Diese UNO-Dokumente-Agenda 21 ist mit demokratischer Gesinnung nicht vereinbar! Sie strebt eine totale Umkämpfung der bestehenden Gesellschaftsordnung an, welche einem marxistischen Wirtschafts- und Gesellschafts-System sehr nahe kommt. Die Teilnahme der Schweiz an einem **Eine-Welt-Staat** kann offenbar nur über die Einführung und volle Akzeptanz dieser UNO-Dokumente erfolgen. Weil diese Tatsachen dem Bundesrat voll bewusst sind, gibt er diese Dokumente nur sehr zögerlich bekannt und wählte den Weg zur Einführung über «**Lokale Agenda 21!**» Dieser recht harmlos erscheinende Modus, flächendeckende Einführung auf Gemeindeebene, soll zur allgemeinen Ak-

zeptanz führen.

Die Einführung der «Lokalen Agenda 21» über Vereine und Gruppen von «NGO/NRO» Diese neuen Begriffe; «Nicht Gewählte» oder «Nicht-Regierungs-Organisationen» wurden eindeutig zum Zweck der Aushöhlung der direkt-demokratischen Staatsform ins Leben gerufen. Diese Vereine und Gruppierungen sollen auf der politischen Bühne mehr und effizienter Einfluss nehmen können. Bezeichnender Weise musste man an der Arena des Fernsehens vom 9.11.01 feststellen, dass bürgerliche Parteien sich bereit erklären, diesen «NGOs» für politische Mitsprache und Mitbestimmung mehr Bedeutung beizumessen. Besonders Ständerätin Christine Beerli machte sich stark dafür. Die Aushöhlung der direkt-demokratischen Staatsform schreitet wacker voran! **Radio DRS meldete am 14.11.; Der Bundesrat will in den nächsten drei Jahren 30 Personen beauftragen, die «NGOs» im Ausland mit neun Millionen Franken zu unterstützen!**

Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz SGU

Die SGU betätigt sich als eifriger Promotor zur Einführung von Agenda 21. Dies ist weiter nicht verwunderlich, wurde doch die UNO-Konferenz von RIO als Umweltschutzkonferenz bezeichnet. Dass aber an dieser Konferenz die viel effizienteren Dokumente **Agenda 21** verabschiedet wurden, wird glatt verschwiegen. Die wichtigsten Zielsetzungen von Agenda 21: **Die totale Umkämpfung der bestehenden Gesellschaftsordnung.** Diese Feststellungen werden in der Dokumentation der Bundesrepublik Deutschland bestätigt. Vereinsgründungen und Bildung von Agenda-21-Gruppen auf Gemeindeebene sind voll im Gang. Diese organisieren regelmässig Zusammenkünfte und Tagungen nach dem Muster: Es werden Themen von lokaler Bedeutung wie Verkehr, Lebensqualität, Bildung, Kunst, Schule, Gesundheit und Sport aufgegriffen. Diese werden dann in Gruppen durchberaten und zu Lösungsvorschlägen für die Behörden formuliert. Dieses Vorgehen ist beachtenswert gut und vernünftig, wer hat schon etwas gegen Umweltschutz einzuwenden. Was aber als gravierendes Manko bezeichnet werden muss, ist, dass die wahren Hintergründe und Zielsetzungen von Agenda 21 nicht zur Sprache kommen. Es zeigt sich deutlich, dass die Teilnehmenden von den Zielsetzungen dieser Dokumente keine Kenntnis haben. (Ich nahm an drei solcher Anlässe persönlich teil)

Zielsetzung von Lokaler Agenda 21: Errichtung eines Eine-Welt-Staates mit einer Eine-Welt-Regie-

rung! Es muss mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden; Die Zustimmung zum UNO-Beitritt ist keine harmlose Formalität! - Sie bedeutet Akzeptanz sämtlicher Dokumente, Verträge und Verpflichtungen eines UNO-Vollmitgliedes, welche eingehalten werden müssen!

Darum meine Empfehlung: UNO-Beitritt: Nein!

Nach Meinung des Bundesrates ist die Zustimmung zum UNO-Beitritt eine Formalität, welcher keine grössere Bedeutung beigemessen werden sollte, als dass die Schweiz aus formalen Gründen eben auch als Mitglied aufgeführt werden soll. Dem ist leider nicht so. **Die Zustimmung zur UNO-Mitgliedschaft bedeutet: Unterordnung unter die Beschlüsse der UNO und Übernahme der Verpflichtungen der von der UNO verabschiedeten Verträge und Dokumente, besonders auch «Agenda 21»!** Wie nachhaltig und wie schlimm sich diese für unser Land auswirken würden, lässt sich tatsächlich schlecht vorstellen. Hier müssen die Fragen gestellt werden:

- **Warum sind die UNO-Dokumente «Agenda 21» heute nicht bekannt, wurden diese doch bereits 1992 an der UNO-Umweltschutzkonferenz von Rio verabschiedet?**
- **Warum gibt der Bundesrat den Inhalt dieser Dokumente nur sehr zögerlich heraus?**
- **Warum fühlten sich die Medien nicht schon längstens verpflichtet, den Inhalt dieser Dokumente bekannt zu machen und diese zu erklären und zu kommentieren?**
- **Widerspiegeln die Dokumente Agenda 21 den wahren Geist der UNO?**
- **Sind die Dokumente Agenda 21 mit demokratischer Staatsform vereinbar?**
- **Kann die Schweiz mit ihrer direkt-demokratischen Staatsform der UNO beitreten?**

Eine ehrliche Antwort auf diese Fragen muss die Abstimmung vom 3. März 02 liefern, darum wird es höchste Zeit, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger endlich die wahren Zusammenhänge dargestellt erhalten. Auf jeden Fall sollte das Verhalten des Bundesrats und der Massenmedien jede Bürgerin und jeden Bürger misstrauisch machen. Diese Verhaltensweisen müssen sehr gründlich hinterfragt werden.

Dazu folgende Fakten:

- Die Dokumentationszentrale im Bundeshaus gibt die deutsche Übersetzung nur sehr punktuell heraus. Auch diese Haltung ist recht fragwürdig.
- Das BUWAL liefert die Dokumente: **Lokale Agenda 21 - für eine nachhaltige Entwicklung der Schweiz. - Vom globalen Konzept zum lokalen Handeln - nicht aus.**

Hinter dieser Haltung steckt vermutlich die abgesprochene Absicht: zuerst die Zustimmung zur UNO-Mitgliedschaft, dann erst die Bekanntmachung von **Agenda 21**. Auf möglichst sanftem, harmlos scheinendem Weg will man die Demokratie vernichtenden Zielsetzungen auf Gemeindeebene einführen. Mit Vereinsgründungen zur sanften Veränderung der Gesellschaft zur Vorbereitung der seit langem geplanten Erschaffung eines **Eine-Welt-Staates**.

Übrigens kann die deutsche Fassung beim Bundesministerium für Umwelt-/Naturschutz und Reaktorsicherheit Deutschland bezogen werden!

Zum Glück existieren viele stichhaltige Gründe, warum die Schweiz der UNO nicht beitreten dürfte. Neben einem der Hauptgründe – Hauptsitz des IKRK in Genf – muss sofort Agenda 21 aufgeführt werden!

Für mich ist überhaupt nicht erklärbar, warum UNO-Dokumente, Agenda 21, von so weitreichender Tragweite zehn Jahre nach deren Verabschiedung mit dermassen zukunftsbestimmendem Charakter noch immer konsequent unter Verschluss gehalten werden. Beim Studium der Thesen bekommt man eindeutig das Gefühl, dass man sich mit einem kommunistischen Manifest konfrontiert sieht. Die darin festgelegten Theorien, z.B.

- **Halbierung des Grundnahrungsbedarfs**
- **Die Einschränkung des Wohnraumbedarfs, besonders der Senioren.**
- **Die Beschränkung der Benützung des Privatmotorfahrzeuges auf 10%.**

Diese Forderungen sind dermassen schlimm, dass der/dem hintersten Bürgerin/Bürger der Schweiz die Augen geöffnet werden sollten, dass solch gravierende Thesen nie in Frage kommen dürfen.

Die Bedeutung von «Agenda 21»

Wie bereits festgestellt, darf die Bedeutung dieser Dokumente nicht unterschätzt werden «Agenda» ist ein Dokument, das uns täglich als Gedankenstütze begleitet. «21» hat somit die Bedeutung, dass diese Dokumente fürs ganze 21. Jahrhundert Geltung haben sollen. Es wird also höchste Zeit, solche Tatsachen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gründlich zu thematisieren und die dringend nötigen Schlussfolgerungen daraus auf den Tisch zu bringen.

«Agenda 21» bietet somit konkret die Möglichkeit, unser Staatswesen der direkten Demokratie aus den Angeln zu heben und uns zu unmündigen Mitläufern eines «Eine-Welt-Staates» zu degradieren: «demokratische Mitbestimmung adelt!»

Die UNO und ihre Bedeutung

Die UNO wurde nach dem 2. Weltkrieg als friedenssichernde, völker-

verbindende Organisation gegründet. Weil sie aber über keine Macht-Instrumente verfügte, konnte sie nie die Wirkung auf dem Weltpodest erzielen, welche für eine staatsübergeordnete Vereinigung nötig wäre. Auch die berechtigten Erwartungen auf Durchsetzung von völkerverbindenden Einflussnahmen zur Friedenssicherung konnte sie nie erfüllen.

Die Grundstruktur der UNO ist nicht geeignet diesen Anforderungen zu entsprechen. **Die Dominanz des Sicherheitsrats, mit den fünf Siegermächten mit Vetorecht verhindern, dass die UNO eine den Machtblöcken übergeordnete, frie-**



densichernde Rolle zu spielen im Stande ist. Aus der jüngsten Entwicklung lässt sich ableiten, dass nicht demokratisch ausgerichtetes Völkerrecht zum Tragen kommen soll, sondern diktatorisch ausgerichtete Machtentfaltung.

Erklärtes Ziel: **ERRICHTEN EINES «EINE-WELT-STAATES!»** Besonders bedenklich erscheinen mir die sich dahinter verborgenden Machtstrukturen. Das gemeinsame Anstreben dieses Zieles durch den internationalen Sozialismus und der Leitung des internationalen Grosskapitals erzeugen bei mir **Alarmstimmung!** Die Absicht, bei der UNO Polizei und Militär stark miteinander zu verschmelzen, um bei eventuell auftretender Opposition sofort einsatzbereit zu sein. Dieses muss sofort im Keim erstickt werden können! Erklärtes Ziel: **Macht vor Recht!**

Die Schweiz muss auch in Zukunft dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) als neutrales Land Gastrecht gewähren!

Dies kann sie aber nur, wenn sie, wie bis anhin, nicht Mitglied der UNO ist. Nach dargelegten Gründen lässt sich die Neutralität mit einer UNO-Mitgliedschaft niemals verbinden. Besonders die neuste Entwicklung sollte klar aufzeigen, dass die UNO keine neutrale Institution ist, sie ist heute eindeutig Partei!

Sind bei einem UNO-Beitritt namhafte Vorteile zu erwarten?

Ausser dass die Schweiz eben nicht Mitglied ist, leistet sie trotzdem für völkerverbindende Aufgaben innerhalb der UNO ihren sehr beachtenswerten Beitrag, besonders auch finanziell. Sie kann ebenfalls ausserhalb der Mitgliedschaft sehr wertvolle Beiträge leisten mit der

Was alles unter den Tisch gewischt wird

UNO-Abstimmung: Immer mehr Nein!

Das ansonsten seriöse GfS-Forschungsinstitut macht regelmässige Erhebungen, wie über den UNO-Beitritt abgestimmt würde. Ende Juni wollten 63% zustimmen, Ende August noch 60%, und jetzt sind es nur noch 50%. Da alle, die unser Land und unsere Neutralität verkaufen wollen – von links bis rechts – unter einer Decke stecken, wollten sie die jüngste Umfrage schlicht geheim halten. Dennoch ist das Resultat durchgesickert. Jetzt bleibt den Befürwortern wohl nichts anderes mehr übrig, als eine getürkte Umfrage zu machen, um dem Volk einzureden, es sei dafür...

Pfui Antirassismuskonferenz

«Nette» Leute trafen sich in Durban (Südafrika). Sie haben grossspurig und grosskotzig ihre sogenannte Antirassismuskonferenz abgehalten. Auch eine Schweizer Delegation war dabei. Die ganze Welt wurde belehrt und uns allen wurde eingehämmert, was wir über Ausländer sagen dürfen und was nicht. Über 15 Millionen Schweizer Franken Schulden haben die Delegationen aus aller Herren Länder den Südafrikanern zurückgelassen. Kaum ein Land will mithelfen, die Konferenzkosten zu bezahlen. Fazit: Grosses Maul und dummes Geschnorre, wenn es dann ums Zahlen geht, verschwinden sie wieder in ihren Löchern!

Gegen Ehen zwischen Christen und Muslimen

In unseren Multi-Kulti-Medien fiel diese Stellungnahme selbstverständlich weitestgehend der Zensur zum Opfer. Da hat doch die italienische Bischofskonferenz weiblickend und richtig festgestellt, dass Ehen zwischen Partnern unterschiedlicher Religionen sehr problematisch seien. «Für uns ist die Ehe ein Sakrament, für die Muslime ist sie ein privater Vertrag.» Und Verträge kann man ja brechen. Wer die sehr hohen Scheidungsraten solcher Ehen kennt, der kann der italienischen Bischofskonferenz nur Bravo sagen zu ihrer Erkenntnis.

Anbietung von Gastrecht für heikle Konferenzen. Es lässt sich durchaus vertreten, dass es weltweit mindestens ein Land geben muss, das von allen Nationen als ungebunden neutral respektiert werden kann. Es ist mir überhaupt nicht klar, was es für Vorteile geben könnte, welche die aufgezeigten Nachteile aufwiegen könnten. **Für die Schweiz darf ein UNO-Beitritt nicht in Frage kommen, darum meine Empfehlung: Nein!**

Schlägereien unter Ausländern

In Basel ist es einmal mehr zu wüsten Schlägereien zwischen Schwarzen und Ex-Jugoslawen gekommen. Als die Polizei dann am Tatort aufgetaucht ist, verschwanden alle diese Typen blitzartig. Kein einziger dieser Schläger wurde dingfest gemacht. Offensichtlich kämpfen verschiedene Ausländergruppen um die Vorherrschaft im Drogenhandelsmarkt. Der Polizeisprecher liess dazu verlauten: «Allerdings ist es so, dass der Kokainmarkt in den Händen Schwarzer liegt, der Heroinhandel aber von Kosovo-Albanern dominiert wird.» Und obendrein verarmlosen die FDP, die CVP, die SP, die Grünen... das ganze noch!

Rapperswil: Ausländer gegen junge Einheimische

Auch in Rapperswil ist es – wie jüngst im Glarnerland – wieder zu wüsten Schlägereien, Ausschreitungen und Übergriffen von Ausländern gegenüber jungen Einheimischen gekommen. Die Regierungsparteien, welche diese Ausländer ins Land gelassen haben, schauen tatenlos zu. Und in Buchs/SG dealen Schwarzafrikaner auf der Haupteinkaufsstrasse mit Drogen aller Art, während die Polizei sich lieber um Parkbussen und Velos mit abgelaufener Vignette kümmert...

Kapitalismus: Perverse Auswüchse

Am gleichen Tag lesen wir in derselben Zeitung auf derselben Seite: ABB baut 270 Stellen ab. Die Credit Suisse macht einen Verlust von 299 Millionen Franken. Bei der SIG gehen bis 70 Stellen verloren. Der Manpower-Stellenindex (angebotene offene Stellen) ist auf ein neues Rekordtief gesunken. Und versteckt in einem kleinen Kästchen lesen wir auf derselben Seite: Gemäss «Handelszeitung» verdienen Verwaltungsräte mehr und mehr. Ihr Verdienst stieg laut einer Umfrage bei 450 börsenkotierten Unternehmen durchschnittlich in einem Jahr von 69'000 Franken auf grosszügige 82'000 Franken pro Verwaltungsratsmandat. Fast alle andern Zeitungen haben diese Mitteilung unter den Tisch gewischt. Warum wohl? Da ist jeglicher Kommentar überflüssig!

Dänemark wählte nationalistisch

Wir freuen uns über das dänische Wahlergebnis. Die neue Regierung überlegt sich nun, ob sie Ausländern erst nach einem Aufenthalt von 7 Jahren allenfalls Sozialleistungen bezahlen soll. Ein Tritt ans Schienbein der vielen Sozialschmarotzer. Das wäre auch in der Schweiz anzustreben!



Kanton Bern



Karl Brodmann SD-Ehrenmitglied

Die Schweizer Demokraten, Stadtsektion Bern, nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass bei den kommenden Grossratswahlen vom 13. April 2002 der amtierende Grossrat Karl Brodmann sich nicht mehr für eine weitere Kandidatur zur Verfügung stellt. Er hat sich aus beruflichen und vorwiegend privaten Gründen entschlossen, bei den kommenden Neuwahlen 2002 nicht mehr anzutreten.

Karl Brodmann, geboren 1943, ist

Mitglied seit 1973 (vormals NA) bei den Schweizer Demokraten und kann auf bewegte und erfolgreiche Jahre zurückblicken. Angefangen als Schulkommissionsmitglied



Karl Brodmann

wurde er kurze Zeit später in den städtischen Stimm- und Wahlausschuss gewählt. Ab Januar 1977 bis Dezember 1984 amtierte Karl Brodmann als Berner Stadtrat. Im Jahr 1984 wurde er in den Grossen Rat gewählt, welchem er bis zur nächsten Legislatur angehört. Beachtenswert war sein Engagement in den Jahren 1989 bis 1996, wo er das Präsidium der SD-Stadtsektion Bern übernahm. Als Anerkennung für sein langjähriges tatkräftiges Engagement wurde an der Vorstandssitzung vom 16. Oktober 2001 deshalb einstimmig beschlossen, Karl Brodmann die Ehrenmitgliedschaft an der kommenden DVL zu verleihen. Mit dieser Ehrung wollen ihm der SD-Vorstand und die SD-Mitglieder von ganzem Herzen danken für all seine Arbeit und seinen Einsatz. Wir hoffen, dass Karl noch viele schöne und glückliche Jahre mit seiner charmanten Gemahlin Theres sowie seinen über alles geliebten Enkelkindern vergönnt sein mögen.

*Hans Peter Riesen, Grossrat
Präsident SD-Stadtsektion*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	12. Dezember: Weihnachtsstamm ab 19.30 Uhr im Restaurant Dufour in St. Gallen. Informationsabend, jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Rest. Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss Höck am 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Fragen Sie Ihre Gewerbler: «WARUM...?»

Bei der UNO-Abstimmung 1986 kämpfte der Gewerbeverband an vorderster Front für ein NEIN! Die anderen Wirtschaftsverbände standen desinteressiert abseits... Doch diesmal kämpft die Wirtschaft für ein JA! Der «diskrete» PR-Berater Guido Weber wurde engagiert. Weber hat bisher noch keinen Abstimmungskampf verloren... (wohl aber unser Land und Volk!) WS

Anzeige

Eine GmbH
wäre eine Alternative

Planen Sie die Selbständigkeit oder wollen Sie Ihre Firma umwandeln?
Sprechen Sie mit uns.
Rufen Sie uns unverbindlich an.
01 / 946 00 51

Betriebsberatung + Treuhand
Friedrich Auf der Maur, Stationsstr. 12, 8604 Hegnau

 **Kanton Bern** 

SD-Wahlerfolg in Köniz

Endlich können die Schweizer Demokraten im Kanton Bern wieder einmal einen grösseren Wahlerfolg verzeichnen: In der viertgrössten Berner Gemeinde verteidigen die SD mit den beiden Bisherigen Peter Schorf und Beat Giger den Fraktionsstatus.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die SD bedauern die Abwahl ihres Fraktionskollegen Hans Peter Wagner von der Partei für gerechte Steuern.

Hingegen freuen sie sich über das gute Abschneiden der SD-Liste für das Gemeindeparlament. Glanzvoll wiedergewählt wurden:



Peter Schori
1096 Stimmen



Beat Giger
1009 Stimmen

Aber auch die SD-Frauen schnitten gut ab. Erster Ersatz auf der SD-Liste ist die vierfache Mutter, Bäuerin und Hausfrau Brigitta Matter (850 Einzelstimmen).

Angedrohte Rassismusklage

Offensichtlich hat auch das organisierte Störmanöver einiger Linksaktivisten gegen die SD nichts genützt. Ein Medienstudent der Universität Bern klagte in den Medien die Schweizer Demokraten öffentlich an, wegen ihres Engagements gegen den Bau einer Moschee in Köniz und insbesondere wegen der Formulierung «die SD wehren sich gegen die Ausbreitung einer radikal-islamischen Gesin-

nung» gegen das Anti-Rassismus-Gesetz verstossen zu haben. Die Anwürfe haben sich aber als haltlos erwiesen. Bis zum Redaktionsschluss ging jedenfalls keine Klage gegen die SD ein.

Die SD wünschen den Wiedergewählten weiterhin viel Befriedigung und Durchsetzungsvermögen im Amt.

Kommentar: Mit Mut in die Grossratswahlen 2002

6,4 Prozent (4,3% für die SD und 2,1% für die Partei für gerechte Steuern) sind derzeit auch landesweit ein überdurchschnittlicher Wert für die Parteien, die allgemein «rechts der SVP» eingestuft werden. Die Könizer Wahlen sind aber auch immer eine Art Testwahl für die bevorstehenden kantonalen (2002) und sogar ein wenig für die nationalen Wahlen (2003). Und die SD haben den Test in Köniz (die Gemeinde Köniz zählt immerhin 27'000 Stimmberechtigte und besitzt sowohl einen städtischen wie auch einen ländlichen Teil) bestanden. Jetzt gilt es, die bevorstehenden kantonalen Wahlen optimal vorzubereiten. Es gibt noch vieles zu tun! Im Wahlkreis Bern-Stadt sollten wir mindestens einen SD-Sitz halten; hier ist auch ein zweites Mandat möglich, in Bern-Land sollte die Verteidigung des SD-Mandates möglich sein. In Thun und im Wahlkreis Berner Oberland sind SD-Sitze durchaus in Reichweite. Und wenn die FPS noch ihren Sitz in Biel verteidigt, ist eine SD/FPS-Fraktion im Kantonsparlament durchaus wieder möglich. Packen wir es jetzt an. Mit Mut in die SD-Zukunft!

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Wahlkampfleiter Grossratswahlen 2002

weroden. Oder anders ausgedrückt: Würden die Parlamentssitze im Kanton Aargau (sowohl bei Grossrats- als auch bei Einwohnerratswahlen) nach dem echten Proporzsystem ausgezählt, hätten wir den zweiten Sitz locker geschafft. Bei dem bei uns angewendeten sogenannten «Hagebuch'schen Proporz» werden aber die grossen Parteien massiv bevorzugt. Statt bei der Verteilung der jeweils noch zu verteilenden Restmandate (echt proportional) den grössten Rest hinter dem Komma zu berücksichtigen, werden beim Hagebuch'schen Proporzsystem diejenigen Parteien, die bereits viele Sitze erreicht haben, bevorzugt. Deshalb haben die SD den zweiten Sitz, der ihnen nach dem Willen der Wählerschaft eigentlich zugestanden wäre, an eine grosse Partei abtreten müssen. Am 2. Dezember fanden auch in Obersiggenthal die ER-Wahlen statt. Auch hier kandidierten wir zum ersten Mal. Trotzdem wir nur einen einzigen Kandidaten aufstellen konnten und im ER Obersig-

genthal nur 40 Sitze zu verteilen sind (Baden und Wettingen je 50), schafften wir auch hier den Einstieg auf Anhieb, ja wir erzielten sogar 26 Prozent mehr Stimmen als für den Sitzgewinn nötig gewesen wären. Unser neu gewählter Einwohnerrat heisst Bernard Favre, 1948, Elektrozeichner, seit vielen Jahren selbständig als Planer von Elektro-Anlagen. Auch ihm wünschen wir in seinem Amt viel Genugtuung und Erfolg. Damit verfügen die Schweizer Demokraten in jedem Ort des Bezirks Baden, wo es noch einen Einwohnererrat gibt (Spreitenbach vor ca. 12 Jahren und Neuenhof vor vier Jahren haben den ER abgeschafft) über eine Vertretung im Gemeindeparlament.

Die Sitzgewinne in Obersiggenthal und Wettingen zeigen deutlich, dass die SD auch in den anderen Gemeindeparlamenten im Kanton Aargau sehr gute Chancen hätten, gewählt zu werden. Aber eben – man müsste halt kandidieren!

Dragan Najman, SD Baden

 **Kanton Zürich** 

Bezirk Uster

Die Bezirkssektion Uster wird sich an den kommenden Gemeindewahlen in Uster, Dübendorf und Volketswil beteiligen. Die Spitzenplätze für die Parlamentswahlen in Uster und Dübendorf sind bereinigt. In verdankenswerter Weise haben sich die nachfolgenden Bürgerinnen und Bürger dafür zur Verfügung gestellt.

Uster:

1. Werner Kessler, diplomierte Gärtner
2. Martin Baumann, Krankenpfleger
3. Susanne Joos, Hausfrau
4. Fritz Hammer, Rentner

Dübendorf:

1. Elisabeth Cafilisch, kaufmännische Angestellte

2. René Bättig, Hotelier
 3. Jean-Jacques Hegg, Dr. med. Arzt
 4. André Bättig, Techniker TS
- Ausserdem bewirbt sich Werner Kessler für den Stadtrat von Uster, also einen Sitz in der Exekutive. Werner Kessler ist diplomierte Gärtner mit eigenem Gartenbauunternehmen und Zusatzausbildung für Biotope, Wintergärten und Hydrokulturen. Seine Spezialität sind Orchideen. Es würde dem Stadtrat von Uster gut anstehen, einen Berufsmann in seinen Reihen zu haben, der nicht nur eine Ahnung hat von ökologischen Fragestellungen, sondern als eigentlicher Fachmann auf diesem Gebiet zu bezeichnen ist. Werner Kessler verdient in jeder Weise das Vertrauen der Ustermer Bürgerschaft!

 **Kanton Aargau** 

SD im Aufwind

Schöne Erfolge bei den Einwohnerratswahlen im Bezirk Baden; 2 Sitzgewinne

In den Monaten Oktober bis Dezember fanden im Aargau die Wahlen in die Einwohnerräte (Gemeindeparlamente) statt. Bei den Wahlen in die Einwohnerräte (ER) von Baden und Wettingen Ende Oktober 2001 haben die SD gut abgeschnitten. In Wettingen, wo wir zum ersten Mal kandidiert haben, konnte auf Anhieb der angestrebte Sitz locker errungen werden. Unser Einwohnererrat heisst Peter Pfäffli, 1951, Zeichner-Konstrukteur, Elektro-Mechaniker,

Ersatz ist André Schmid. Wir wünschen Peter Pfäffli in seinem neuen Amt viel Erfolg und sind überzeugt, dass er die Anliegen unserer Wählerschaft richtig vertreten wird. Trotzdem wir in Baden unser bestes Resultat seit 1985 und über 73 Prozent mehr Stimmenanteil als 1997 erreicht haben, hat es leider doch nur zu einem Sitz gereicht. Dragan Najman ist wieder gewählt, erster Ersatz ist Fritz Ribl. Elf Listen mehr und der angestrebte zweite Sitz wäre Tatsache ge-

Zürcher Kommunalwahlen 2002

Grossaufmarsch der Schweizer Demokraten

(csz) In den ersten Monaten des kommenden Jahres werden in sämtlichen 171 Gemeinden des Kantons Zürich die Behörden neu gewählt, also auch in den zwölf Städten mit Parlamenten. Bei den letzten Wahlen waren die Schweizer Demokraten lediglich in vier Städten präsent, und nur gerade in Zürich gelang es, einen einzigen Sitz im Stadtparlament zu erobern.

Diesmal sieht es schon vor den Wahlen ganz anders aus:

Volle Kandidatenlisten in allen Zürcher Stadtkreisen

Der SD-Stadtpartei ist es gelungen, in allen zwölf Wahlkreisen – selbst im Mini-Stadtkreis 1 (Alt-

Fortsetzung Seite 10

Grossaufmarsch der SD

Fortsetzung von Seite 9

stadt, nur zwei Mandate) – volle Listen mit insgesamt 125 Kandidierenden einzureichen. Unser Ziel ist, nicht nur das bisher im Kreis 11 von Patrick Blöchliger (mit Jahrgang 1977 Zürchs jüngster Gemeinderat) ausgeübte Mandat zu halten, sondern in den Kreisen 3 (Spitzenkandidat Christoph Spiess, Gemeinderat 1982–1998), 9 (Markus Imbach, Stadtparteipräsident) und 12 (Christian Wenger) die letztes Mal trotz gehaltenem Stimmenanteil unglücklich verlorenen Sitze zurückzugewinnen. Die Stadtzürcher SD treten unter dem Motto «Stoppt die Entschweizerung Zürchs!» zu den Wahlen an. Der Wahlkampf wird mit zahlreichen Standaktionen, grossen und kleinen Plakaten, 120'000 Prospekten und Selbstklebern sehr aktiv geführt. Die Kleber gehen weg wie warme Weggli...

Das Legislaturprogramm 2002–2006 wird die Überschrift tragen:

SD: national – naturverbunden – sozial

Im Zentrum steht der Kampf gegen die rasant zunehmende Überfremdung der Stadt mit nicht assimilierbaren Zuwanderern aus immer fernerer Ländern. In einzelnen Quartieren wähnt man sich nachgerade in der Dritten Welt, und gewisse Buslinien der VBZ tragen im Volksmund Namen wie «Afrika-Express». Die Masseneinwanderung führt zu Wohnungsnot und bringt mehr Kriminalität. Damit die vielen fremdsprachigen Schüler mitkommen, lässt man das Niveau an unseren Schulen ins Bodenlose sinken. Wenn ein Schulpfleger dies kritisiert, wird ihm von selbsternannten «Fachleuten» beschieden, man müsse mit den Lehrplänen eben «flexibel» sein. Die Schweizer Demokraten wehren sich gegen die Verbetonierung der letzten Grünzonen am Stadtrand. Privatisierungen lehnen wir ab, denn diese dienen nur einigen Spekulanten, wel-

che der öffentlichen Hand alles entreissen wollen, womit sich Profit machen lässt, z.B. Elektrizitätswerke. Wirtschaftshörige Politiker locken die Wähler mit Steuersenkungen, verschweigen dabei aber die Kehrseite der Medaille: Von vielen Bürgern dringend benötigte Dienstleistungen werden abgebaut. Sogar Polizeiposten werden aus Spargründen geschlossen (!). Im Gegensatz zu den rechtsbürgerlichen neoliberalen Parteien, deren Politik letztlich nur den «oberen Zehntausend» dient, wollen wir einen leistungsfähigen Staat, der jederzeit die soziale Sicherheit, gute Schulen und den Schutz vor Kriminalität gewährleistet.

Dietikon: Markus Alder kandidiert fürs Stadtpräsidium

In Dietikon sind wir nicht nur erstmals mit einer Gemeinderatsliste dabei, sondern fordern den SVP-Stadtpräsidenten und dessen SP-Rivalen zum Kampf ums Stadtpräsidium heraus. Auch in Uster wird demnächst ein Stadtratskandidat nominiert. Mit Parlamentslisten sind wir auch in den Gemeinden Dübendorf und Opfikon, evtl. auch in Kloten und Bülach präsent.

Winterthur: SD machen mit 30 Kandidaten Furore

Damit hatten die Journalisten nicht gerechnet: Gleich mit 30 Kandidatinnen und Kandidaten macht unsere Winterthurer Sektion wieder bei den Gemeinderatswahlen mit, nachdem 1998 nicht einmal mehr eine Liste zustande gekommen war! Die Nachricht füllte im «Landboten» eine halbe Seite und zerstörte wohl gründlich die Illusionen unserer Gegner, mit den Schweizer Demokraten sei es nun endlich aus, wir seien von der SVP «aufgesogen» worden und was an Unsinn namentlich in den Medien sonst noch herumgeboten wird.

Weitere Informationen zu den Kommunalwahlen im Kanton Zürich folgen in den Ausgaben vom Januar und Februar 2002.

len. Solche Zustände wollen uns der Stadtrat und der von einer seltenen Koalition aus rechten Globalisierern und linken Aposteln angeblicher «Humanität» beherrschte Gemeinderat mit allen Mitteln aufzwingen.

Dass diese Kreise den klaren Entscheid der Aufsichtsbehörde akzeptieren werden, ist zwar nicht anzunehmen. Wahrscheinlich werden sie bis vor Bundesgericht ziehen, um wenigstens Zeit zu gewinnen. Denn in dieser Zeit können sie weitere «faits accomplis» schaffen und uns mit noch mehr Dauergästen beglücken, die weder fähig noch willens sind, sich an un-

sere Mentalität und Lebensweise anzupassen. Nach dem Erfolg in der ersten Prozessrunde haben wir aber alle Trümpfe in der Hand und können dem Gang vor weiteren Instanzen (Regierungsrat, Bundesgericht) gelassen entgegen sehen. Ein Kränzchen können wir dem Bezirksrat winden.

Dieses Gremium, das sich aus zwei Sozialdemokraten, einem Freisinnigen, einem Christlichdemokraten und einem SVP-Mann zusammensetzt, hat korrekt gehandelt und keinen parteipolitisch gefärbten Entscheid gefällt, sondern schlicht und einfach das Gesetz angewandt!



Kanton Thurgau



Medien-Vögte im Thurgau – nein danke!

Am 1. Juni bekam die Thurgauer Zeitung mit A. Netzle (TZ) einen neuen Chefredaktor. Seit dieser Zeit werden die Medienmitteilungen unserer Oppositionspartei praktisch nicht mehr abgedruckt. Die UNO-Parolenfassung wurde derart gekürzt, dass sie nicht mehr verstanden wurde und ein Bericht von unserer Pressekonferenz zu den Schulproblemen musste der Journalist wohl unvorteilhaft schreiben... In der Ausgabe vom 11. Oktober hat Netzle unseren Präsidenten negativ dargestellt. Eine Richtigstellung wurde verweigert und auf die gesetzliche (wenig sinnvolle) Gegendarstellung verwiesen. Nun aber ist die Lage ernst geworden, denn in vielen Orten, Gemeinden und Bezirken kann auf keine andere Zeitung ausgewichen werden. Die TZ hat das Monopol. Vergeblich haben wir die Huber-Direktion mit Urs Lüdi auf die BV§ 16 und 17 verwiesen und gefordert, dass die freie Meinungsäusserung und freie Meinungsbildung garantiert sein müsse gemäss Bundesverfassung. Anstatt breit zu informieren, wur-

de die SD Thurgau und ihr Präsident eingeklagt. «Nötigung». Allerdings wird es kaum zu einer Anklage reichen, denn wir taten nichts Unrechtes! Wir verlangten lediglich unser garantiertes Recht.

Darum bitten wir alle, die TZ wissen zu lassen, dass solche Machenschaften nicht hingenommen werden! Schreiben Sie an Direktor Urs Lüdi. Informieren Sie Freunde und Bekannte! Unsere Demokratie braucht Pro und Kontra, sie braucht die Aussagen der Regierenden, aber auch der Opposition! Wird dieses wichtige «Magnetfeld» der freien Meinungsbildung gestört, geht es mit unserem Lande gleich wie mit bankrotten Firmen. Das wollen wir verhindern. Wir danken allen Demokraten und Freunden unserer Freiheit! Mehr Infos zu diesen Fragen sind erhältlich unter:

SD Thurgau, Postfach 656,
8501 Frauenfeld.

(Unser Präsident gibt gerne Auskunft: Tel. + Fax 052 - 765 12 16).

SD Thurgau
Kantonale Parteileitung

Schlappe für Estermann & Co.: SD-Initiative ist gültig!

csz. In letzter Minute vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe erreicht uns eine freudige Nachricht. In Gutheissung der Beschwerde von sechs SD-Mitgliedern hat der Bezirksrat Zürich als Aufsichtsbehörde den Beschluss des Zürcher Gemeinderates vom 30. Juni 2001 aufgehoben, mit dem die SD-Volksinitiative «Die SchweizerInnen zuerst!» ungültig erklärt worden war. Welch eine Schlappe für den Stadtpräsidenten Josef Estermann (SP), der anlässlich der Debatte im Gemeinderat gar ausrief,

er habe «noch nie eine so rechtswidrige Initiative gesehen wie diese»!!

Dabei fürchtet der Machtklängel der internationalistischen Parteien von links bis rechts ganz einfach die Volksabstimmung über unsere Initiative wie der Teufel das Weihwasser. Denn bei diesem Urnengang wird es letztlich darum gehen, ob die Zürcher(innen) in einer «multikulturellen Gesellschaft», d.h. in einem identitätslosen Durcheinander von Sprachen, Religionen, Ethnien usw. leben wol-

Der grosse Betrug – Medien führen Regie!

Wie hiess doch die Zahl; der «Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung» ist per Ende August 2001 auf einen neuen Rekord geklettert: 2% mehr, damit werden 19,6% erreicht, und das sind plus 27'403 Personen – etwa eine Stadt wie Frauenfeld! Wir haben damit einen «ständigen» Ausländerbestand von 1'409'000. Soweit die meisten Medien; leider ist dies nur die halbe Wahrheit. Seit 1990 hat diese Zahl um 366'000 (+ 35,2%) zugenommen – trotz langanhaltender

Rezession mit hunderttausenden von Arbeitslosen und unzähligen Stabilisierungsversprechen der Regierenden.

Leider wird – trotz gegenteiliger Schwüre – die Asyl- und Ausländerpolitik immer mehr vermischt: Tausende von Asylanten erhalten einfach, aufgrund langjähriger Anwesenheit (?), eine definitive Aufenthaltbewilligung. Ja, Asylanten mit mehr als fünfjährigem Aufent-

Fortsetzung Seite 11

Grüess Gott wou! Dir fragit nech, worum dass i Gschichte u Müschterli schrybe?

Die ganze Welt ist derzeit im Umbruch. Die Technisierung und die modernen Verkehrsmittel ändern unsere Gesellschaft in einem Tempo, wie es die Menschheit bisher noch nie erlebt hat. Wir werden dadurch völlig entwurzelt. Unsere Muttersprache, das allseits beliebte, schöne Berndeutsch, wird durch verschiedene Einflüsse schwer beeinträchtigt. Englisch und Hochdeutsch nehmen überhand. Damit gehen unsere Redewendungen, aber auch die damit verbundenen kleinen Sitten und Bräuche bachab und geraten in Vergessenheit.

Ich will und kann das Rad der Zeit nicht anhalten, nur etwas bremsen und meinen Anteil dazu beitragen, dass nicht alles Bisherige vergessen wird. Aus diesem Grunde schreibe ich Geschichten und Müsterli aus dem Emmental in meiner Muttersprache.

Meine Kindheit verbrachte ich im Bernischen Oberemmental, in Schangnau, im Schosse von Hohgant und Schratzenfluh, direkt an der Grenze zum Kanton Luzern. Somit auch an der Grenze zu einer anderen Konfession und zu einem anderen Dialekt. Die oberste Gemeinde im Emmental erreichte man damals fast ausnahmslos über das Luzernische Wiggen und Marbach im Entlebuch. Schangnau liegt übrigens auch an der March

zum Berner-Oberland. Diese Begebenheiten machten das Leben in der Grenzlandschaft interessant und unvergleichbar. Durch die geografische Lage und eben verkehrsbedingt hinkte das Leben in unserer Talschaft gegenüber anderen Gemeinden Jahre hinterher.

Als Arbeiterbub ausschliesslich mit und unter Bauern aufgewachsen kenne ich die Sorgen und Nöte sowohl in der Arbeiterstube wie in der Bauernstube. Von meinen ersten Lebensjahren her ist mir die Rauchküche, das Petroleumlicht und das Kohleglätteisen noch bestens in Erinnerung. Ich erlebte also die rasante Entwicklung vom Aufkommen der Elektrizität, der Verkehrsmittel und der Telefonie bis zum heutigen Internet hautnah selber mit.

Meine Herkunft sowie Land und Leute, wo meine Jugend geprägt wurde, meine beruflichen Tätigkeiten als Pösteler, später als Kantonspolizist/Landjäger und nun meine 25-jährige Arbeit als Fahnder im Landesteil Emmental-Oberaargau liefern mir eine Fülle von Stoff zum Geschichten schreiben. Meine Vaterpflichten, der Militärdienst als Feldweibel, das Mitmachen in öffentlichen Ämtern und meine Hobbys tragen das ihrige ebenfalls dazu bei. Weil meine Muttersprache schwer zu schreiben und folge des-



sen auch schwer zu lesen ist (hiicho, statt heicho, Giis, statt Geiss usw.) habe ich mich entschlossen, nicht ein Buch zu schreiben, sondern meine Geschichten auf einen Tonträger zu lesen. Da seit der 6. Klasse das Schwyzerörgeli mein ständiger Begleiter ist, lag es nahe, die Geschichten mit solcher Musik zu umrahmen. Auch hier versuche ich etwas zu bremsen. Ich spiele vorwiegend ganz einfache, alte Melodien und bin der Meinung, dass nicht jeder Schwyzerörgeler durch und durch musikalisch geschult sein muss.

Ich danke Elisabeth Meister und Hans Rudolf Rohrbach für ihre Unterstützung in unserem Trio.

Der Tonträger soll also an vergangene Zeiten erinnern und gleichzeitig zur Gegenwart überleiten. Es soll ein Dank sein an unsere Vorfahren für das, was sie uns geschaffen und erhalten haben. Wenn die Geschichten und einfachen Melodien bei älteren Leuten schöne Erinnerungen wecken und der interessierten Jugend die Möglichkeit bieten, zu hören, wie es ehemals war, ist der Zweck dieser Aufnahmen erfüllt. Ich wünsche viel Vergnügen.

Hans Schmidiger, Oberburg

Kontaktadresse: Hans Schmidiger, 3414 Oberburg, Tel. + Fax: 034 - 422 93 01, E-Post: hso@bluewin.ch

Der grosse Betrug – Medien führen Regie!

Fortsetzung von Seite 10

halt haben Anspruch auf Niederlassung und Familiennachzug – danke schön, lieber Bundesrat! Zudem ist die obige Angabe von 27'403 scheinheilig; wurden doch in der gleichen Zeit etwa 30'000 eingebürgert, die natürlich statistisch sofort durch Neueinwanderer ersetzt wurden. Mit 30'000 neuen Schweizern, zusätzlich Familiennachzüge, stimmt aber auch die %-Rechnung nicht mehr! Auch da gibt es mehr Zuwanderer – was von den Medien verschwiegen wird. Kein Hinweis, keine Aufklärung, kein Nach- oder Rückfragen! Warum wohl? Zuviele Medien sind Partei geworden und machen sich mitschuldig, allen voran Radio und TV! Tatsache ist, vom 1. September 2000 bis 31. August 2001 sind 98'409 Neueinwanderungen zu verzeichnen. Wohlverstanden, der Asylbereich ist hier ausgeklammert. Auch die Behauptung, die Italiener seien die grösste Einwanderungsgruppe, ist zweifelhaft. 345'000 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien leben in der Schweiz (Italiener 315'608); doch raffinierterweise hat das Bun-

desamt der CVP-Bundesrätin nachgeholfen und die Jugoslawen auf die Teilrepubliken aufgeschlüsselt! In die Schweiz kommen pro Jahr fünfmal mehr Menschen als in das Einwanderungsland USA – proportional gesehen. Heute leben hier auf einem km² nutzbarem Land über 400 Menschen, in den USA knapp 30! Doch von diesem Irrsinn und von der Tatsache, dass wir total überfremdet sind, nimmt offensichtlich kein Bundesrat Notiz, und wo bleiben die ach so kritischen Medien – allen voran die DRS-Leute? In der Schweiz erhalten auch 3,7-mal mehr Ausländer die Bürgerrechte als in der EU! Doch auch das wird kaum erwähnt, im Gegenteil. Papierlose, die längst unser Land verlassen sollten, also unsere Gesetze mit Füßen treten, drängen mit Hilfe der Medien auf Aufnahme.

Was für eine fragwürdige Politik der Regierenden und was für ein Skandal! 300'000 Papierlose werden mit Familiennachzug einen auch menschlich fragwürdigen Einwanderungsschub von einer weiteren Million auslösen! Wenn das kein Volksbetrug ist, was ist es dann?

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

In der Bundesverfassung BV Art. 16 heisst es: Die freie Meinungsäusserung und Meinungsbildung ist garantiert. Bestehen wir darauf, denn dies ist der Eckstein unserer Demokratie!

UNO: USA zahlen nicht

Die Vereinten Nationen stehen nach eigenen Angaben wegen säumiger Beitragszahlungen vor allem der USA vor Zahlungsproblemen. «Die Liquidität ist extrem unsicher», bestätigte jetzt ein UNO-Sprecher. Derzeit fehlten etwa 75 Millionen Dollar. Die über mehrere Jahre aufgelaufenen Schulden der USA betragen derzeit 582 Millionen Dollar. Die US-Schulden entspähen 64 Prozent aller ausstehenden Mitgliedsbeiträge.

Es darf nicht vorkommen, dass Redaktoren Politik machen mit Maulkörben für die Einen und Hervorhebung der Infos der anderen Parteien! Das ist ein Verbrechen, und zudem sind diese Herrschaften weder politisch noch moralisch dazu legitimiert!

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal



Das Märchen von der reichen Schweiz

Wissen Sie, wo das reichste Land auf der Welt liegt? Nein, nicht am persischen Golf, sondern mitten in Europa. Das Märchen geht schon

Die schweizerische Friedenspolitik und die UNO

Nachdem im Bundeshaus mit Hilfe von über 430 Kommunikationsbeauftragten eine Art Medienforum aufgebaut wurde (das in mir die bösen Erinnerungen an das Propagandaministerium von Dr. Goebbels im «Tausendjährigen Reich» wachruft) erstaunt es nicht, dass man bereits Monate vor der UNO-Abstimmung alles daran setzt, um dem Volk mit vielen schönen Schlagworten eine kritiklose Meinung einzutrichtern.

Bereits in den Nachkriegsjahren kam unsere Landesregierung einhellig zum Schluss, ein Vollbeitritt sei mit unserer umfassenden Neutralität nicht vereinbar. Trotz gewisser Animositäten der USA gegen unser Land (Washingtoner Abkommen!) begriffen damals die Siegermächte sehr schnell den tieferen Sinn unseres Abseitsstehens. Sie entdeckten gar unsere Neutralität als ideale Voraussetzung, um die wichtigsten Unterorganisationen der UNO in der Schweiz unterzubringen. Zudem konnte nun unser Land als idealer Treffpunkt für zerstrittene Parteien gewählt werden. Die Schweiz wurde damit zu einem geografischen Knotenpunkt einer weltumspannenden Verhandlungspolitik der UNO. Sie wurde, schlicht gesagt, zu einer einzigartigen unparteiischen Instanz. Obendrein bot die Schweiz mit ihren föderalistischen Strukturen, die die volle Gleichstellung der Minderheiten garantieren, der Staatengemeinschaft ein ideales Vorbild für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien bzw. Kulturen. Nicht von ungefähr meinte neulich ein Flüchtling aus Afghanistan bei einem Zeitungsinterview, seine Vision sei, «Afghanistan so zu organisieren, wie die Schweiz organisiert ist». Ein kleines aber vielsagendes Zeugnis für das hohe Prestige, das

rund um die Erde, obwohl der dortige Finanzminister grad eben ein Defizit im Staatshaushalt in der Höhe von einer halben Milliarde Franken verkündet hat.

Man muss, um als Auswärtiger dorthin zu kommen, einfach alle seine Papiere vernichten (an der deutsch-schweizerischen Grenze bei Basel kann man solche Ausweise haufenweise zusammenlesen), dann ist man «sans papiers» und kann, wenn einem die Wünsche nicht umgehend erfüllt werden, sich mit Erpresser-Allüren in den Kirchen niederlassen. Manche Leute der dortigen Bevölkerung gehen sogar auf die Strasse, wenn der Staat nicht «Tischlein deck dich, Esel streck dich» befiehlt. Das ist doch direkt überwältigend, nicht wahr?

Margrit Spiess, Sufers

unser Land weltweit genießt.

Ein UNO-Beitritt hiesse, sich in das politische Agieren und Taktieren der fünf Veto-Grossmächte und des von diesen dominierten Sicherheitsrates einbinden lassen. Bei den Abstimmungen der Generalversammlung könnte unser Landesvertreter zwar mitmachen, müsste dabei aber gleichzeitig im Widerstreit der Meinungen Partei ergreifen, womit die neutrale Grundhaltung unseres Landes laufend in Frage gestellt würde. Im Sicherheitsrat sind zwar zehn Länder abwechslungsweise für zwei Jahre vertreten. Daneben sind darin aber auch die fünf Veto-Mächte vertreten, und zwar als ständige Mitglieder. Damit sind diese in der Lage, stets die ihnen genehme Politik durchzusetzen. So können sie sich in ihren eigenen Ländern weiterhin schlimmste Menschenrechtsverletzungen erlauben wie z. B. im Tibet, in Tschetschenien usw. Aufgrund der derzeitigen Vormachtstellung der USA ist diese Grossmacht weitgehend zum Entscheidungsträger geworden. Bei einer «friedenszwingenden» Militäraktion würde die Schweiz von der Gegenseite spontan mit der amerikanischen Machtpolitik identifiziert. Als Mitglied der politischen UNO gälte die Schweiz nicht mehr als unparteiisch. Dadurch würde nicht nur unser Image Schaden nehmen, sondern die ganze Glaubwürdigkeit unserer vielgerühmten Neutralität wäre dann unwiderruflich verspielt. Die Frage des UNO-Beitritts müsste daher vom Bundesrat heute weit kritischer beurteilt werden als in der Vergangenheit, als nach den Satzungen der UNO noch vom Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedslandes ausgegangen wurde.

Wenn die massive Propaganda des EDA und anderer Stellen nur in schwärmerischer Euphorie macht und sich über diese schwerwiegenden Aspekte galant hinwegsetzt, so wie man auch die Fehlleistungen der letzten Jahre (wie namentlich beim Genozid in Ruanda) totzuschweigen sucht, so ist dies ein schwerer Verstoss gegen das Gebot

der Wahrhaftigkeit, wie wir es sonst nur bei Diktaturen gewohnt sind. Auf solches Gebaren müssen wir am 3. März mit unserm Nein noch deutlicher reagieren als 1986, als über drei Viertel den UNO-Beitritt ablehnten.

*Traugott Voegeli-Tschirky,
Konsul i. R., Wettingen*

Die islamische Gefahr

Solange der Islam auf Asien, Afrika und in Europa auf Albanien, Teile des ehemaligen Jugoslawiens und die thrakischen Provinzen der Türkei beschränkt war, konnte von einer muslimischen Gefahr keine Rede sein. Diese Lage änderte sich aber in den sechziger Jahren. Mit der von der einstigen UdSSR und den USA gemeinsam geförderten Entkolonialisierung erfolgte die erste musulmanische Masseneinwanderung in die europäischen Mutterländer, und schweizerische wie auch deutsche Wirtschaftskapitäne gasten damals den Balkan und die Türkei nach Billigarbeitskräften ab. Mit diesem Unterproletariat, das den Firmenbossen als Manövriermasse diente, konnte sich der Islam einen soliden Brückenkopf zur Eroberung Europas schaffen.

Onkel Sam benutzte von Anfang an den uns feindlich gesinnten Islam zur Destabilisierung Europas. Als 1974 die Türkei Zypern überfiel und aus dem von Türken besie-

delten Inselteil einen Satellitenstaat schuf, war dies für die USA kein Grund zur Intervention, obwohl Griechenland ebenfalls Nato-partner war und es noch ist.

Da die Serben unter Milosevic mit der albanischen Bevölkerung in Kosovo nicht gerade zimperlich umgingen, wurde im Namen der Menschenrechte das serbische Kernland durch die von den USA befehligte Nato in ein Trümmerfeld verwandelt. Die nachfolgende ethnische Säuberung der Provinz Kosovo durch die islamischen Albaner scheint in den Augen der Amerikaner jedoch durchaus legitim zu sein.

Auffallend ist, dass bei Demonstrationen der UCK oder von Bosniern ständig amerikanische und saudiarabische Fähnchen geschwungen werden.

Wir haben nicht den geringsten Grund, uns mit der doppelzüngigen Politik Onkel Sams solidarisch zu zeigen.

Max P. Morf, Genève

Noch eine Lehre aus Zug

Als nach dem schrecklichen Massaker vom 27. September, bei dem neben mehreren Parlamentariern auch einige Exekutiv-Mitglieder ums Leben kamen, die Regierung innert kurzer Zeit wieder aktionsfähig war, hat das die ganze Schweiz mit Bewunderung erfüllt. Dieses «Wunder» ist vor allem der Proporz-Wahl für die Exekutive zu verdanken. So war die Nachfolge (Kandidaten mit der nächstbesten Stimmzahl aus den vorangegangenen Wahlen) automatisch geregelt, und die entsprechenden Personen konnten sich innert kurzer Zeit einarbeiten. Abgesehen vom Macht-Vakuum während Wochen, wäre doch ein Wahlkampf mit diesem tragischen Hintergrund zu einer peinlichen Angelegenheit geworden.

Aber nicht nur wegen möglichen Ausnahmesituationen wäre die Proporzwahl von Exekutivmitgliedern auch in andern Kantonen wünschenswert, sondern auch aus Gründen der Chancengleichheit. Denn das dort herrschende Majorzverfahren verunmöglicht es den kleinen Parteien in der Regel, an der Regierung teilzunehmen, was

sicher nicht dem Wählerwillen entspricht. Man wird dem entgegenhalten, dass Exekutivwahlen Persönlichkeitswahlen seien. Über den Wert von Persönlichkeiten entscheidet aber erst die Praxis und vor allem der Härtestest (siehe «Swissair-Debakel»). Sicher würden auch bei Proporzwahlen für die Exekutive sämtliche Parteien sich bemühen, Leute auf die Wahlliste zu setzen, die fähig wären, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dann hat dieses System noch einen andern Vorteil gegenüber dem Majorz, nämlich denjenigen der Klarheit, da die Namen der Kandidaten bzw. Kandidatinnen bereits vorgedruckt sind. Dadurch sind Missverständnisse, wie sie bei von Hand ausgefüllten Wahlzetteln vorkommen können, ausgeschlossen und Nachzählungen erübrigen sich (siehe Winterthur).

Ich bin überzeugt, dass entsprechende Volksinitiativen, wenigstens auf kantonaler Ebene wo regionale Gegebenheiten keine Rolle spielen, ein positives Echo auslösen würden.

Alfred Külling, Adliswil



Jamais Conseil fédéral n'a été aussi faible, aussi influençable, aussi inutile dans autant de domaines nes essentiels pour la Suisse. D'où cette lettre amère d'un citoyen écoeuré et en colère

Lettre ouverte au Conseil fédéral

Mesdames, Messieurs les conseillers fédéraux,

Par le jeu des partis, des influences, des intérêts, d'autres facteurs inconnus du public, vous avez eu la chance insigne d'avoir été élus à la plus haute charge du pays. Comparé à ce qui se passe dans les autres nations de la Terre, vous exercez honnêtement, sans magouilles, à des ratés près, les charges qui vous ont été dévolues. Hélas, totalement impréparés aux responsabilités qui ont comme fondu sur vous, sans génie et sans charisme inné, vous vous êtes laissé guider par les groupes qui vous ont élus et dont vous êtes devenus les servants dévoués. S'il vous est parfois venu à l'idée que la Suisse est un pays unique sur la Terre, il semble que vous n'ayez jamais pensé à le rendre utile au monde, par exemple en l'imposant comme arbitre dans les conflits en gestation ou en cours; en le désignant à la face du monde comme le projecteur de grands projets de développement d'un lieu donné, qui pourraient devenir le point de départ d'une réflexion à vaste échelle pour les Etats les plus riches; en préconisant l'ouverture de dispensaires et autres endroits de formation des cadres et personnels soignants; en un mot, en se démarquant de la masse humaine déboussolée et courant à sa perte.

Non, il vous suffit de dépenser une énergie inouïe pour fourguer la Suisse dans les organisations mondiales et continentales, dont les coûts et les dangers vous laissent parfaitement indifférents. Pour arriver à vos fins, vous n'hésitez pas à user des astuces les plus sordides allant jusqu'aux mensonges, aux omissions les plus désastreuses, vous vous muez en représentants



de commerce en donnant des conférences-propagandes dont les textes ont été concoctés par des professionnels de la psychologie des foules. En un mot comme en cent vous vous permettez des comportements jamais vus chez vos prédécesseurs. Qui avaient, eux, le sens de l'honneur, du devoir, de la vérité, de la grandeur de la patrie. Pour la votation sur l'ONU, vous avez programmé des conférences à voie unique; vous tiendrez tous les mêmes discours; vous éviterez les questions trop pointues en les esquivant, en faisant intervenir le meneur de jeu pour qu'il donne la parole à une autre personne.

Lors des votations précédentes, je relève ces anomalies dignes de dictatures. L'EEE, simple traité de commerce = libre circulation des personnes, des biens et des services. Constitution: simple toilette = primauté des lois internationales sur les nôtres. Soldats armés: neutralité sauvegardée = placement sous le commandement de la KFOR

de l'OTAN. ONU: brochure de pure propagande à 1,2 million de francs = rien n'empêche la Suisse d'en être le 190e membre. Comme si l'ONU avait fait cesser une seule des deux cents guerres qui ont suivi la mondiale de 1939-45! Ainsi de suite sur des pages...

Il est vrai que vous avez des circonstances atténuantes de ne pas voir quels services, d'une incommensurable valeur, la Suisse pourrait rendre à cette humanité en proie à l'horreur seconde après seconde. Si vous vous étiez présentés pour servir la Suisse dans ce sens, vous n'auriez tout simplement pas été élus. Ce que d'aucuns attendent de vous, c'est la politique qui va jusqu'au détournement des principes fondamentaux de la Constitution fédérale. Buts non avoués, mais bien réels, tout faire pour jeter notre pays dans les fournaises onusiennes et européennes. Autrement dit, placer la Suisse sous la houlette des grandes puissances, en faisant fi des atouts fabuleux de notre na-

tion et qui ont noms: neutralité, indépendance, démocratie, disponibilité possible pour sauver le monde qui n'a pas, lui, d'avocats pour le défendre contre sa rapacité et les crimes de ceux qui le spolient, le détruisent, le jettent sur les routes de l'exil, sont la cause directe de la mort de 30'000 enfants par jour, etc. etc.

Depuis la constitution de la Suisse, le peuple a aimé et estimé ses autorités. Il leur a sans cesse pardonné leurs faiblesses d'amateurs. Ainsi, notre patrie s'est perpétuée en harmonie et en estime d'elle-même et de tous. Les conseillers fédéraux qui se sont succédé au cours du temps ont, en règle générale, maintenu la ligne définie de la neutralité armée et de l'indépendance farouche de la Suisse, politique grandement facilitée par l'acceptation et le renouvellement tacite de ce statut par les grandes puissances du monde. Il a fallu qu'une équipe comme la vôtre survienne pour remettre ces valeurs en jeu sur le plan mondial. Vous prétendez vouloir une Suisse ouverte, généreuse, solidaire et autres beaux mots. Dans les faits, votre inaptitude à voir grand et à être, comme vos collègues anciens l'ont été d'une rectitude sans faille dans la défense de la Constitution, vous mène à être des parasites plutôt que des magistrats fiers de l'être.

Vous viendra-t-il un jour à l'esprit que les plus mirifiques traités du monde ne valent pas grand-chose face à la puissance qu'engendre le don de n'avoir que des amis sur la Terre? Hélas, vous ne prenez pas ce chemin, voilà pourquoi, de plus en plus de Suisses vous considèrent comme des gens ne méritant plus leur respect.

Marcel Narbel

S.O.S.

On pourrait établir un parallèle, moins triste il est vrai, entre l'attentat du WTC et ce qui vient d'arriver à Swissair, qui n'est que la suite d'autres affaires menées contre notre pays. Il y eut d'abord l'affaire des fonds en déshérence, lors de laquelle les Suisses ont commencé à ressentir un sentiment de culpabilité; puis, avec la dénonciation d'une certaine attitude de la Suisse à l'égard des réfugiés pendant la

deuxième guerre mondiale, c'est un sentiment de honte qui s'est insinué dans notre population. Et aujourd'hui, cette honte est encore plus perceptible après la débâcle de notre compagnie d'aviation. Derrière ces trois avatars se cache la volonté, qui ne sera jamais avouée, de déstabiliser notre population en créant une atmosphère de doute quant à la capacité de la Suisse à rester ce qu'elle est depuis des

siècles, à savoir un pays qui, tout en proclamant sa neutralité, a prouvé au monde qu'il est capable de générosité envers les plus démunis. Ces déstabilisateurs sont connus: ce sont ceux qui ont intérêt à ce que la Suisse disparaisse en tant qu'Etat de droit, c'est-à-dire les partisans d'une adhésion de notre pays à l'ONU, à l'OTAN et à l'Europe, en un mot, les traîtres à leur patrie. L'affaire Swissair n'est pas le fruit du hasard mais elle a été créée de toutes pièces dans le but de créer, dans l'esprit de nos concitoyens un

sentiment de méfiance envers l'avenir de la Suisse. On ne fait pas mieux en matière de lavage de cerveau. Dans le cas du WTC comme dans le cas de Swissair, il n'est pas difficile de répondre à la question: à qui le crime profite-t-il?

Qu'elles et ceux qui croient encore à certaines valeurs qui nous ont été léguées depuis bien longtemps et qui ont encore la force et le courage de réagir devant une telle situation le fassent avant qu'il ne soit trop tard!...

*Denis Mottet,
MPSV, Lussery-Villars*

Si les jeunes refusaient de devenir policiers?

De toutes parts et dans tous les médias, il est confirmé que la délinquance grande et petite augmente d'une façon anarchique et exponentielle, surtout dans les villes frontalières.

Ce qui est tristement avéré aussi, c'est que l'on accorde plus d'importance aux voyous qu'aux victimes qui, souvent, doivent se justifier, alors que l'on jette systématiquement la pierre aux policiers qui sont payés pour nous défendre. Ainsi en prenant la dernière catastrophe d'Evian qui fit quatre morts

dans une auto volée, parce que les voleurs fuyaient une voiture de police, la jeunesse maghrébine de la ville à laquelle appartenait les malfrats a provoqué une émeute et «on» demande des explications et des preuves. Quelles preuves? Ces «jeunes» n'auraient tout simplement pas du voler une voiture, car tout un chacun sait qu'en agissant ainsi, il sait à quoi il s'expose. La police n'a fait que son devoir. Le propriétaire du véhicule lui, est le plus mal loti, les morts sont en paix maintenant, avec leur conscience.

Une autre face de cette même question, c'est la récidive. Pour éviter que de tels drames ne se reproduisent, ne vaudrait-il pas mieux changer les lois? Les juges, débordés, ne sachant plus où envoyer les malfrats par manque de place dans les prisons, leur collent un casier judiciaire et une expulsion du territoire, en Suisse par exemple, variant de 1 à 10 ans. Quoi de plus tentant pour ce genre d'individus de ne pas respecter des délais qui ne veulent rien dire? Puisque de toutes façons le territoire de la

Confédération leur reste accessible à plus ou moins long terme, il est facile d'oublier le détail du délai. Ce n'est qu'une anticipation.

Combien de policiers qui sont en quelque sorte de l'autre côté de la justice procédurière et trop souvent accusés à tort d'avoir mal fait leur boulot, baissent les bras, incitant de jeunes recrues à ne pas entrer dans un cycle décevant, écoeurant et tellement insatisfaisant! L'un d'eux a déclaré: «Nous les arrêtons, nous les expulsions par la port et ils rentrent pas la fenêtre, donc nous ne servons à rien. Est-ce pour cela que nous sommes si mal payés?».

Maria de Seimners, Genève

En parcourant la presse nationale et internationale

Blanchiment

On accuse la Suisse, encore et toujours de ne pas être assez attentive au blanchiment de l'argent de la drogue, cette mort blanche silencieuse, et tout cela se discute jusqu'au sommet de l'UE. Dans le même temps on lit dans la presse britannique que le gouvernement de sa Majesté veut protéger à tout prix les intérêts commerciaux dans leurs anciennes colonies du monde arabe, en particulier l'Arabie Séoudite, les pays du Golfe, le sous continent indien, importants clients de l'industrie de l'armement. La City fait ses vaches grasses du blanchiment de fonds islamiques propres comme illicites. Pour ces gens-là ce fric aurait-il une autre odeur lorsqu'il sert à acheter des engins de mort rouge?

C'est la preuve que la City est un relais idéal du Commerce mondial quel qu'il soit, et que la finance se fiche tout à fait des morts du World Trade Center. Y a-t-il quelque chose de si monstrueux derrière les événements actuels qui se suivent et se ressemblent, pour que les médias sèment tant de mensonges et cachent tellement d'informations inouïes? Est-ce pour éviter une psychose généralisée? On peut se demander quel est le but de l'acharnement des investisseurs et autres Trilatéralistes contre notre pays? Les comptes en desherence d'abord, un trafic mafieux de cigaretttes, le blanchiment mal contrôlé par des banquiers véreux, notre participation aux exactions de l'apartheid en Afrique du Sud, notre politique d'asile restrictive vis-à-vis des juifs pendant la guerre et pour couronner le tout, un accident terroriste dans le tunnel du Gothard si sûr pendant 36 ans, provoqué par un Turc musulman sans papiers, roulant dans un camion belge non enregistré. Et ceci au moment où la Sabena capote à cause de Swissair, entraînant le gel au sol de la flotte suisse par manque d'argent pour payer le carburant à

l'étranger, jetant aux orties en un seul jour, notre image de marque d'un pays à la réputation sans tache.

Qui occupait le World Trade Center?

Outre les compagnies aériennes et leur corollaire, l'industrie du tourisme, il y avait les nombreuses compagnies d'assurance du monde entier et spécialement la Lloyds, cet énorme consortium composé d'une centaine de compagnies, dont la présidence, basée à Londres réalisait 35% de son activité outre-Atlantique. La Lloyds occupait dans les deux Tours du WTC (845'000 m² de bureaux abritant plusieurs centaines d'autres sociétés employant plus de 40'000 personnes) qui réclament aujourd'hui 180 milliards de francs de dommages et intérêts, impliquant, par ricochet toutes les branches affiliées disséminées dans le monde entier. De l'assurance à la finance, il n'y a qu'un pas qu'aucun média n'ose franchir. Pourtant cet attentat très ciblé, visait surtout le cœur de l'un des temples de l'influence financière mondiale, comme le nom de World Trade Center l'indique assez. Cela implique, jusque dans les coins les plus reculés de la terre où est implanté ce WTC, le bouleversement de milliers d'emplois, les délocalisations d'usines sans compter les autres répercussions logiquement liées à une catastrophe semblable à l'attaque du WTC.

Allons plus loin dans le raisonnement des causes véritables de cet attentat? La Lloyds appartient à des groupes juifs disséminés dans le monde entier, composés de sépharades, d'ashkénazes, d'ultras religieux qui se font une guerre d'influence incessante. Le journal de Monde-Vie n'indique pas le nombre de morts de la Lloyds passé sous silence, par contre, concernant la société Cantor Fitzgerald Securities, un courtier israélien occupant cinq étages d'une des tours, on a pu indiquer clairement que ces 700 employés avaient péri.

Appartenaient-ils au mouvement «La Paix Maintenant»? En tous cas aucun appel téléphonique ne les a avertis à l'avance comme ce fut le cas pour certains autres bureaux israéliens... On ne parle pas trop de la Lehman Brothers occupant 3 étages du WTC, ni de Morgan Stanley (31 étages), dont les employés n'étaient pas à leur poste... Sur ces géants de l'influence mondiale, et sur ces dizaines de leurs hauts cadres souvent membres des sociétés discrètes les plus influentes aux Etats Unis, qui faisaient dans leurs carrières des allers-retours avec les plus hautes institutions comme le FMI, le BRI ou les délégations du G7, la discrétion est absolue. Y aurait-il quelque part collusion, entente ou complot dont l'avenir seul nous dira de quoi il retourne? D'une part, l'islam a toutes les excuses en attaquant le cœur d'une puissance financière majoritairement juive, mais de l'autre, cette attaque désignée comme seulement anti-américaine est très ambiguë et bizarrement ciblée. Donc, à quoi bon chercher à comprendre? Enterrons nos morts et bouclons là. Ces batailles de géants ne nous concernent que dans la mesure où nos existences terrestres sont visées. Or, savons-nous ce qui nous attend de l'autre côté?

Y a-t-il une autre «vie» telle que l'islam la promet?

Ceux qui disent que s'il n'y avait pas d'islam, il n'y aurait pas de terrorisme, suivent un raisonnement simpliste. Cependant à lire le Coran qui est loin de prêcher la tolérance comme le font les préceptes de l'Evangile, on peut vraiment trembler devant l'avenir. Parmi la quarantaine de versets coraniques appelant à la guerre sainte, on lit: «*Préparez ce dont vous disposez comme force et comme chevaux. Ainsi vous terroriserez les ennemis de Dieu, les*

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Blanchiment

Suite de page 14

vôtres et d'autres encore que vous ne connaissez pas, mais que Dieu connaît (sourate VIII, V60). Plus loin: lorsque vous affronterez les impies, foncez sur eux et tranchez-leur le cou jusqu'à reddition. Enchaînez alors les captifs solidement... (sourate XLVII, V4).»

Il doit bien y avoir des influences néfastes dans ces propos pour que 19 hommes, d'un commun accord, aient décidé de se donner la mort pour entraîner dans le trépas quelques milliers d'Américains.

Un autre point noir est le fait que les Américains choisirent de privilégier les maquis les plus extrémistes quand l'armée soviétique envahit l'Afghanistan. Ils organisèrent l'arrivée en masse d'extrémistes islamistes appelés des autres pays arabes espérant lever l'ensemble des musulmans contre Moscou-orthodoxe, donc chrétien. A-t-on cherché à savoir quels étaient les décideurs américains? On sait qu'il y avait déjà sous Nixon puis Clinton, plus de 60 sénateurs juifs à la Maison Blanche. Ce sont pourtant les Américains du peuple qui paient aujourd'hui le plus lourd tribut à cette politique aberrante et incompréhensible pour les milliers de blessés, morts et disparus. On peut même trouver dans la presse espagnole l'information que le quatrième avion qui se dirigeait vers la Maison Blanche avait été descendu par les forces spéciales

de l'armée américaine. En définitive, ne se trompe-t-on pas de définition en parlant d'une guerre Islam contre Christianisme? N'est-ce pas plutôt une guerre islam contre les douze tribus d'Israël, dispersées dans le monde entier, les chrétiens idiots utiles servant de chair à canon, ou de boucliers sans importance vitale, telle et y compris la population afghane, tous étant là uniquement pour servir des intérêts politico financiers?

Le mensonge de Toulouse

Dix jours après l'attentat terroriste aux Etats Unis, soit le 21 septembre, et quinze jours après les menaces qui accueillirent le verdict au procès du Brigadier de police Henri Bois (condamné à 3 ans de prison avec sursis pour homicide involontaire sur un jeune beur habitant un quartier voisin de l'explosion de l'usine AZF, quartier où l'ancien maire Dominique Baudis disait ne pouvoir pénétrer sans se faire traiter de «sale français», l'attaque était lancée. Les menaces «on va faire sauter Toulouse» n'avaient pas cessé d'être hurlées contre les habitants.

Il était donc facile pour les terroristes de profiter de ce climat délétère pour casser des vitrines, brûler des voitures, et faire exploser un feu d'artifice digne de la djihad. Hassan Jandoubi, l'un des trois Tunisiens qui travaillaient dans cette usine et avait agressé trois jours avant la catastrophe un des chauffeurs qui ar-

borait un drapeau américain sur son camion, fut retrouvé mort, vêtu d'un short, de trois caleçons, d'un slip et de deux paires de pantalons, la tenue qui permet au combattant islamiste engagé dans une opération suicide de préserver son intégrité pour honorer les 70 houris qui attendent le martyr au paradis d'Allah. D'autre part, les 12 bouteilles de gaz qui furent volées, les mêmes qu'utilisa le réseau Kelkal, ne firent l'objet d'aucun contrôle. En France comme aux USA, la police a été incapable de prévoir ce qui allait se passer.

De nombreux Toulousains entendirent une première explosion de faible intensité avant celle qui va secouer la ville. Six témoins oculaires ont vu dans le même temps un trait de lumière franchir la nationale 20 et voler par dessus les toits pour finir dans le hangar 221 de l'usine AZF. Seul un missile antichar, durci pour transpercer les surblindages a pu causer en explosant sur la dalle de ciment au fond du stock, l'immense dégagement de chaleur nécessaire à la détonation, Jakoubi éclairant la cible au milieu de ses bouteilles.

Le commentaire immédiat et sans aucune base sérieuse de la part de Michel Bréard déclarait qu'il y avait 99% de chances que ce soit un accident. Comme si le gouvernement français voulait éviter une psychose terroriste nationale et la peur au cœur des populations. D'ailleurs cette tactique a été suivie aux USA qui déclarèrent urbi

et orbi que le vol 211 qui s'écrasa au décollage à New York avec 266 passagers à bord, avait été touché par un oiseau dans un réacteur. Puis, on eu droit aux turbulences créées par un avion japonais, puis à une défectuosité de l'empennage qui était tombé 600 m. avant le crash, puis qu'il y avait eu des cliquetis suspects près des réacteurs. Enfin une des boîtes noires fut retrouvée mais sans commentaire important, la seconde bizarrement ayant été endommagée. Là aussi, sécurité oblige, il faut éviter une psychose aux vagues dévastatrices. Donc mensonge, mensonge.

Petite information surprenante

L'idée de construction des deux tours fut émise par Larry Silverstein, Pdg en 1967 d'Israël Export Development, inaugurées en 1973, avec au centre de leur esplanade, la statue d'Albert Pike, Grand Commandeur du Rite écossais, 33e degré de la franc-maçonnerie, mort en 1891. Elles ont essaimé mondialement dans une association de World Trade Centers inaugurée ensuite dans 44 pays et 80 villes. Projeté mais non réalisé, à Paris, un WTC été implanté à Strasbourg. Est-ce pour cette raison qu'il n'y a pas eu d'alerte dans la capitale, mais de sérieuses craintes concernant la capitale alsacienne. (Lettre d'information de Pierre de Villemaré No. 11).

Mary Meissner, Vernier

Le Piloni

Nous y voilà!

J'avais cru comprendre que le remodelage de l'armée XXI n'entraînerait aucune unité militaire dans quelque conflit que ce soit. Or je lis qu'une unité d'élite sera créée pour opérations à l'étranger! L'unité baptisée «détachement de reconnaissance» sera utilisée surtout pour sauver des Suisses égarés derrière les lignes de l'ennemi. Qui sera alors considéré comme ennemi? Les cibles de l'OTAN? Je croyais que nous étions neutre? Dans le même temps je lis également dans la marge de nos quotidiens qu'il y a toujours moins de volontaires pour la Swisscoy. Cette année ils n'étaient que 300 recrues alors qu'en 1999, on en comptait 1000. De qui se moque-t-on Monsieur Schmidt?

L'ONU paralysée

Plus puissantes que bien des Etats, les multinationales continuent à dégrader notre environnement (voir les catastrophes maritimes et autres). L'ONU a demandé à deux ONG de créer une sous-commission onusienne pour étudier ce phénomène et de proposer des remè-

des, basé sur un contrôle juridique des trusts. Hélas! sous la pression de son expert étasunien, le groupe devra se contenter d'adopter un «code de conduite» dont le respect serait laissé au bon vouloir des transnationales. Un exemple (un de plus), de la nouvelle philosophie de l'ONU qui a renoncé à faire respecter sa charte et privilégie le «partenariat» avec les milieux d'affaires! La paralysie s'étend aux droits de l'homme bafoués en Algérie. Pourquoi cette super institution qui réunit tant de redresseurs de torts ne réagit-elle pas pour prendre des mesures envers la répression en Kabylie? La solidarité s'est manifestée par contre dans l'UE, mais seulement avec des mots. L'ONU oublie également le peuple amazigh. Considère-t-on cette ethnie saharienne comme une quantité aussi négligeable que les réserves d'oxygène planétaires de l'Amazonie où là aussi, on ne trouve que des suggestions pour tout potage.

Encore un plan secret

Cette fois il s'agit du Zimbabwe, ce pays merveilleux avant le règne de Mugabe et de ses sbires. Le Daily

Télégraph a accusé le président Robert Mugabe de vouloir expulser tous les fermiers blancs avant les élections de l'année prochaine. Evidemment les représentants «officiels» du Zimbabwe nient farouchement et accusent les Britanniques de désinformation. Mais vu les horreurs qui se passent actuellement dans le monde, il est fort probable et même certain, que ces rumeurs sont fondées; il n'y a qu'à compulsurer les nouvelles reçues par plusieurs correspondants qui font état d'assassinats systématiques de familles blanches par des paysans noirs qui s'installent dans leurs fermes. Avant d'arriver à cette extrémité vis-à-vis des récalcitrants, un ordre secret de la ZANUPF, composée de vétérans progouvernementaux, on leur enjoint de suivre l'opération «renonce et quitte» pour déstabiliser par harcèlement les fermiers jusqu'à ce qu'ils renoncent et abandonnent leurs biens. Immédiatement par derrière, le gouvernement met en place une réforme agraire accélérée depuis juillet 2000 qui prévoit la redistribution à des centaines de milliers de familles noires, de la totalité des terres appartenant ou ayant appartenu à des Blancs, s'élevant à env. 11 millions d'hectares.

Quels sont les journalistes qui écrivent quelque chose à ce sujet? Que fait l'ONU? que font les ONG?

Que font l'UNESCO et l'UNICEF? Les Blancs du Zimbabwe sont-ils des rênégats, des forçats, des fantômes ou des zombies?

La libanisation de l'Afghanistan est en route

On assiste depuis la reddition des Talibans du Nord de l'Afghanistan à une recrudescence de déstabilisation du pays. D'un côté, les paysans s'empressent de replanter des pavots interdits par les Talibans et de l'autre des postes de péages se mettent en place au bord des routes pour rançonner les passants en voiture ou à pieds. Chaque faction demande son dû sous peine de mort. Cela me rappelle le Liban entre 1975 et 1982. De Beyrouth à Tripoli, nous étions arrêtés cinq fois, et de l'autre côté vers Saida, six fois. Pour monter à Dour el Chouer, il y avait trois postes de contrôle: les soldats de l'armée, les Kataëbs et les Syriens. Etc. etc. Cette guerre absurde de frappes aériennes sur un désert de sable ressemble à un jeu de l'oie qui suit des impulsions dictées par un jeté de dés, afin de créer des conditions propices au développement de toutes sortes d'exactions légalisées. Lentement, mais sûrement, nous retournons dans la barbarie.

Octopus

Weihnachten mit Harry Potter?

Jetzt, auf Weihnachten, könnte es sein, dass auch wir von der SD - Eltern, Gotten und Göttis - auf die Idee kommen könnten, einem Jugendlichen einen «Harry Potter» zu schenken. Darf ich Sie bitten, dies nicht zu tun? Verführen diese Bücher die Jugend nicht zu Grausamkeiten, zu Scheinwelten mit Geistern und Dämonen?

Anstatt Probleme mit menschlicher Freundlichkeit und bezogen auf die Realitäten zu lösen, walten fragwürdige, übersinnliche Kräfte. Ist dies für junge Menschen nicht ein gefährlicher Irrweg in einen fragwürdigen Spiritismus und Okkultismus, wo wir alle immer die Verlierer sein werden?

Haben wir nicht schon viel zu grosse Einflüsse von satanischen Ideen und Werken auf dieser materialistischen Welt?

Brauche wir nicht Gottvertrauen, Demut und unsere gegenseitige Hilfe - statt fragwürdige Mächtigkeiten?

Gerade unserer Jugend sollten wir nicht jeden Mist - dazu noch als Weihnachtsgeschenk - zumuten!

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts

Die Schweizer Demokraten (SD) wenden sich vehement gegen den Vorschlag des Bundesrates, dass Ausländer der dritten Generation bereits bei der Geburt automatisch Schweizer werden sollen. Inakzeptabel ist auch die Idee der Einbürgerungserleichterungen bei der zweiten Ausländergeneration, auch dann, wenn sie den grössten Teil

der Schulzeit in der Schweiz verbracht hat. Selbstverständlich lehnen die SD auch ein willkürliches Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen entschieden ab.

Bereits jetzt kündigen die SD an, einen äusserst aktiven Abstimmungskampf gegen die Verschleu-

derung des Bürgerrechtes führen zu wollen. Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.

SD-Medienmitteilung vom
21. November 2001,
Bernhard Hess, Nationalrat und
SD-Zentralsekretär

Helfen Sie uns Kosten sparen!



Sehr geehrte Mitglieder und Sympathisanten

Wir danken Ihnen ganz herzlich für die grosse Unterstützung, die Sie uns immer wieder zukommen lassen. Nur dank Ihrer Hilfe ist es uns möglich, auch weiterhin für unsere Heimat zu kämpfen.

Es scheint uns wichtig, dass möglichst wenig Geld für «administrative Kosten» verlorengeht. Dabei können Sie uns wie folgt helfen:

1. **Wenn Sie die Wohnung wechseln:** Melden Sie uns die neue Adresse möglichst früh vor dem Zügeltermin, damit wir Ihre Adresse auf den Termin hin ändern können. Die Post verlangt nämlich neu Fr. 1.50 pro Adressänderung, die sie uns meldet (bisher 30 Rappen).

2. **Wenn Sie ein Post- oder ein Bankkonto haben:** Machen Sie Ihre Zahlungen möglichst mittels Zahlungsauftrag. Jede Bareinzahlung am Postschalter kostet uns nämlich eine Bearbeitungsgebühr, bei einer Einzahlung von Fr. 10.- z.B. Fr. 1.20, bei einer Einzahlung von Fr. 100.- Fr. 1.50. Auf diese Weise liessen sich jedes Jahr viele tausend Franken einsparen.

Machen Sie mit? Wir danken Ihnen.

SD-Parteileitung



Bitte Abonnement noch nicht bezahlen!
Anfang 2002 erhalten Sie einen separaten Einzahlungsschein.
Danke.

UNO: Knapper Ausgang erwartet

SD/He. Im Hinblick auf die Volksabstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz vom kommenden 3. März zeichnet sich laut einer Meinungsumfrage ein knapper Ausgang ab. Wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bestätigte, zeigte die jüngste Umfrage des Gfs-Forschungsinstituts im Auftrag des Aussenministeriums von Mitte Oktober vor allem bezüglich des Ständemehrs einen offenen Ausgang. Demnach tendierten damals sechs ganze und vier halbe Kantone für ein Nein. Es waren dies die Kantone Luzern, Obwalden, Nid-

walden, beide Appenzell, Thurgau, Schwyz, Glarus, Uri und Tessin. Eher befürwortet wurde der UNO-Beitritt demgegenüber in sieben ganzen und einem halben Kanton, und zwar in den Westschweizer Kantonen Wallis, Freiburg, Genf, Waadt, Neuenburg und Jura sowie Zürich und Basel-Stadt. In den verbleibenden sieben ganzen Kantonen und im Halbkanton Basellandschaft war das Ergebnis noch offen. Bezüglich des Ständemehrs ergab die Umfrage bei 1200 Stimmberechtigten 50 Prozent Ja-Stimmen, 33 Prozent Nein und 17 Prozent Unentschlossene.

SD-Geschenkabonnemente

Ich übernehme hiermit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Geschenkabonnement(s) für ein Jahr

- Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion
- Ich wünsche als Empfänger eine sozial bedürftige Schweizer Familie
- Als Empfänger wünsche ich einen Jugendlichen
- Als Empfänger wünsche ich einen bedürftigen Rentner

SD 
Schweizer Demokraten

SD-Zusatzexemplare

Ich erkläre mich hiermit bereit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Zusatzexemplare unserer Parteizeitung **kostenlos** zu verteilen

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____